Nr. 470

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

LUCHAR ES VIVIR VIVIR ES AMAR

25.2.99

LESE-EXEMPLAR / NICHT MITNEHMEN



INHALTE:

impressum:

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

OrdnerInnenliste:

-Bullenübergriff Bochum
-Anti EU/WWG (nur im P-Tiger!)
-Sozial- u. Arbeitsamt
-Weiße Flecken (zur Stalisnismus-Debatte)



WUT UND TRAUER

Der algerische Flüchtling Omar ben Noui ist in der Nacht zum 14.2. in Guben von einem Mob faschistischer Jugendlicher in den Tod gehetzt worden. Mindestens ein Teil der Gubener Bevölkerung äußert daraufhin dumpfen rassistischen Mist ab und Stolpe & Co ärgern sich nur darüber, daß das Investitonsklima wieder getrübt ist. Die Staatsanwaltschaft blubbert was von einem "tragischen Unfalltod" und die zuständige Richterin läßt die Nazis laufen.
All das ist schon drei Tage später völlig uninteressant, denn es passiert das sattsam bekannte und es stellt sich die Frage, was haben wir mit Öcalan und seiner gewaltsamen Entführung in die Türkei zu tun? Nichts oder nicht viel könnte man vermuten, zumal wenn man die relativ lasche Beteiligung der Szene an VV, Demo und Aktionen bedenkt.
Ist ja auch nicht einfach: Der Mobilisierungsgrad in der Szene ist z. Zt. ohnehin nicht besonders hoch. Und dann dieses sperrige Thema: 'irgendwas' zu Kurdistan zu machen ginge ja noch; aber sich dann zur PKK verhalten und erst recht zu ihrem Vorsitzenden, der hinsichtlich Personenkult, inner-linker 'Streitkultur' und Optik irgendwie an einen bekannten sowjetischen Politiker der 30er Jahr erinnert.
Dies begründet für uns und für viele andere eine kritische Distanz zur PKK. (Von einer gelegentlichen Ignoranz gegenüber der gesamten Thematik einmal abgesehen.)
Von sozialrevolutionären Positionen ausgehend gilt unser Interesse eher den emanzipatorischen Prozessen an der Basis etwaiger Befreiungsbewegungen als den Organisationen selbst; welche sozialen Konflikte also die kurdische Gesellschaft durchziehen, die durch den entlang ethnisch-nationaler Linien verlaufenden Krieg maßgeblich bestimmt wird.

Wie verändert sich beispielsweise das tradierte Rollenverständnis junger Frauen, die als PKK-Guerrilleras zu einem anderen Selbstbewußtsein gefunden haben? Die, vielfältig mit Gewaltsituationen konfrontiert, gelernt haben diese nicht immer nur als Opfer zu bestehen.

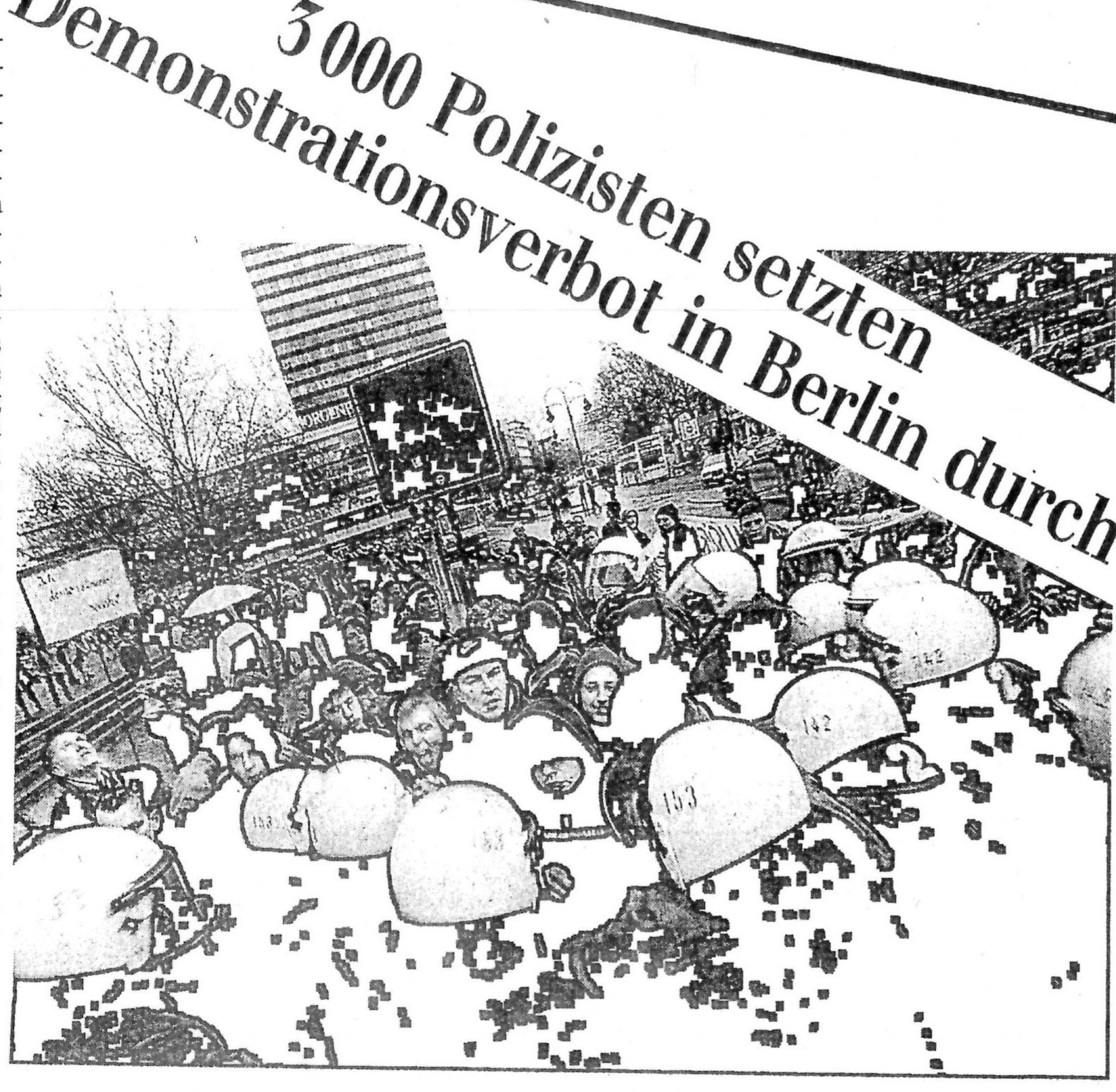
Oder wie verhalten sich die landlosen BäuerInnen, die sich gemeinsam das Land ihrer (vor der Regierung oder der PKK geflohenen) Großgrundbesitzer angeeignet haben? - Und wie verhält sich die PKK gegenüber sozialen Forderungen, die sich an Großgrundbesitzer, Dorfvorsteher u.ä. richtet, die der PKK nahestehen? (eine eher rhetorische Frage.)

Was bedeuten schließlich die Erfahrungen aus Krieg und Guerilla für junge Frauen und Männer, die nach der Entvölkerung riesiger Landstriche, an die Ränder türkischer Großstädte vertrieben wurden und sich hier als Billigarbeitskräfte durchschlagen müssen. Oder die noch weiter migriert sind und sich in der BRD mit rassistischer Hetze und Ausgrenzung konfrontiert sehen?
Fragen wie diese spiegeln eher unseren Bezug zu 'Kurdistan' wider, stehen aber einer ebenso dürftigen Informationslage (wie Praxis) gegenüber.
Und welche Rolle spielt nun die Entführung Öcalans sowohl in der kurdischen Gesellschaft, in der sozialen Konflikte sehr stark durch die beiden Kriegsparteien bestimmt sind als auch in der Türkei allgemein?
Massenverhaftungen unter kurdischen und türkischen Linken, der nationale Taumel türkischer Rechter und Faschisten, das weitere Aushöhlen von Menschenrechten, die neuerliche Militärintervention im Irak, wie auch eine allgemeine Festlegung auf die militärische Lösung des 'kurdischen Problems' lassen hier die Vermutung zu, daß die Entführung Öcalans ein roll back für Linke einleitet, dessen Ausmaß noch abzuwarten ist.
Richtet mensch den Blick auf die jüngsten Ereignisse in der BRD so drängen sich hier eine Fülle an Ansatzpunkten für unser eigenes Verhalten auf.
Die faktische Gleichschaltung von Medien und Politik in der gegenwärtigen Kurden-Hetze (vor allem der ersten Tagen) mündete unverzüglich in der Ankündigung schnellerer Abschiebung kriminalisierter 'kurdischer Demonstranten'.
In der von der CDU-Unterschriftenkampagne angeschobenen 'Ausländer-Debatte' entlarvte sich die rot-grüne Regierung mit der Rücknahme des schon dürftigen Angekündigten und versucht andererseits über die Androhung weiterer Verschärfungen rechtes Terrain zu besetzen: Mehr Polizei, mehr Überwachung usw.
Mindestens in Berlin herrscht ein faktischer Ausnahmezustand mit Kontrollstellen an vielen großen Straßen und Versammlungsverbot.
Über den Mord an den drei KurdInnen werden verschiedene und unvereinbare Versionen von israelischer und deutscher Seite verbreitet, wobei klar ist, daß beide Seiten lügen und jede die Verantwortung von sich weist. Die BRD ist weiterhin Kriegspartei in Kurdistan und deutsche Waffen und deutsches Geld morden immer noch in aller Welt - zur Zeit besonders in Kurdistan.
Alles in allem gibt es also genug zu tun. Sowohl für die der PKK gegenüber solidarische als auch ihr kritisch gegenüberstehende Menschen.

An dieser Stelle möchten wir ein paar Kriterien zu unserer zukünftigen Veröffentlichungspraxis von Vergewaltigungen anbringen. Nach unserer Meinung ist das Selbstdefinitionsrecht der Frau, ob sie vergewaltigt worden ist oder nicht, vorrangiges Prinzip. Diese der Frau eingeräumte Macht wollen wir nicht einschränken. Wir haben uns entschlossen, zukünftig keine Beschreibung des Tathergangs mehr zu veröffentlichen. Eine Beschreibung zwingt die betroffene Frau in eine Rechtfertigungsposition. Da wir aber davon ausgehen, daß der Frau ein Selbstdefinitionsrecht zusteht, braucht sie sich auch nicht zu rechtfertigen, wenn sie davon Gebrauch macht. Es steht ihr zu!
Unsere Überlegung, in Zukunft keine Tatbeschreibungen mehr abdrucken zu wollen, richtet sich also nicht gegen die betroffene Frau und stellt auch keine Zensur dar.
Unsere KollegInnen der letzten Nr. erwähnten bereits in ihrem Vorwort, daß in unserer Publikation nicht alle Beiträge abgedruckt werden, die uns erreichen. Es gibt keine Veröffentlichungsgarantie für Texte. Wie ihr alle wißt, gibt es unterschiedliche Gründe dafür, ob ein Text gedruckt wird oder nicht. Die Wahrscheinlichkeit einer Veröffentlichung schwindet, wenn die

Absender uns beschimpfen, politisch falsche und unsinnige Behauptungen aufstellen und diese ihrem Text beilegen. Texte, die Sachverhalte darstellen, die bereits in einem früheren Heft gebracht wurden, werden unter Umständen nicht gedruckt, wenn sie nach unserer bescheidenen Meinung keine neuen Erkenntnisse enthalten. Z.B. brachten wir bereits eine Nachbereitung zur LL-Demo in der Nr. 468 und haben deshalb einen weiteren Beitrag über die Demo in den Ordner gepackt.
Noch was zum Schluß: aus dem uns zugesandten Material zur Globalisierung werden wir eine Extra-Ausgabe fabrizieren, welche demnächst erscheinen wird.

3000 Polizisten setzten Demonstrationsverbot in Berlin durch



Berlin glich am Wochenende einer belagerten Stadt. Die Berliner Polizei demonstrierte angesichts befürchteter Ausschreitungen von linken Gruppen und Anhängern der verbotenen Kurdenpartei PKK deutliche Präsenz. Etwa 3 000 Polizisten aus Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Hessen waren im Einsatz. Sie wurden unterstützt von mehreren Hundertschaften des Bundesgrenzschutzes (BGS). Die erwarteten Krawalle blieben jedoch bis zum Sonntag abend aus. Am Sonntag morgen hatte der Vorstand der kurdischen Gemeinde in Deutschland am israelischen Generalkonsulat einen Kranz niedergelegt. Der Generalsekretär Filinta Adsiz forderte die Bestrafung der israelischen Schützen, da die Demonstranten im Konsulat nicht bewaffnet gewesen seien. Adsiz warnte seine Landsleute vor Gewalttaten, da Gewalt dem Anliegen der Kurden schade.

Alle Demos verboten

Der geplante Protestmarsch „Gegen das Massaker an kurdischen Demonstranten" vom Breitscheidplatz über den Kurfüstendamm zum türkischen Konsulat, der am Sonntag nachmittag stattfinden sollte, war von der Innenverwaltung verboten worden. Daraufhin wurde die Demonstration vom Veranstalter kurzfristig abgesagt.

> ***„Es kam zu kleinen Rangeleien am Rande."***
>
> **Beate Schmidt, Sprecherin der Berliner Polizei**

Trotzdem hatten sich gegen 15 Uhr rund 150 Menschen aus der linken Szene auf dem Breitscheidplatz in Charlottenburg versammelt. Sie entrollten Transparente, auf denen „Gegen das Massaker an kurdischen Demonstranten" zu lesen stand. Nachdem die Polizei über Lautsprecher zweimal Platzverweise ausgesprochen hatte, räumten die Beamten gegen 15.20 Uhr den Platz vor der Gedächtniskirche. „Dabei kam es am Rande zu kleinen Rangeleien", sagte Polizeisprecherin Beate Schmidt. Fünf Personen wurden festgenommen. Kurden nahmen nach Angaben der Polizei nicht an der Demonstration teil.

Abends wurden an der Urania starke Kräfte zusammengezogen. Anläßlich der Berlinale vergab die Heinrich-Böll-Stiftung den Friedensfilmpreis an den türkischen Beitrag „Weg zur Sonne". In dem Film über eine kulturübergreifende Freundschaft wird erstmals seit vielen Jahren in einem türkischen Film kurdisch gesprochen.

Besonders scharfe Kontrollen führte die Polizei am Mehringdamm in Kreuzberg durch. Dort waren Hunderte Beamte zusammengezogen. Polizeifahrzeuge blockierten die Einfahrten zum kurdischen Emigrantenverein – ein Zentrum der PKK-Anhänger in Berlin. Viele Besucher wurden kontrolliert, dabei kam es zu mehreren Festnahmen unter anderem wegen illegalen Aufenthalts.

Vertreter linker Gruppen warfen am Sonntag den Behörden vor, das Demonstrationsrecht aufgehoben zu haben. Ein Sprecher sagte, die Behörden inszenierten in Berlin den Ausnahmezustand.

Spekulanten Auf s Maul

Versteigerung verhindert !
Køpi bleibt - erstmal

Am Sa.den 13. Feb.1999 gingen fast 2000 Menschen für den Erhalt der Køpi auf die Strasse.
Trotz repressiver Kontrollen vor und massiver An- und Übergriffe zu Beginn der Demonstration konnten sich die TeilnehmerInnen durchsetzen und die Demo zu Ende führen. Es gab 27 grundlose Festnahmen und mehrere Verletzte. 1 Schwerverletzter lag mehrere Tage im Krankenhaus.
Zur Kundgebung am Dienstag vor dem Amtsgericht Mitte kamen dann trotz super schlechten Wetters 150-200 Leute,um den Investoren klar zu machen :

Die Køpi kriegt Ihr NICHT !!!

Das Gericht war mit Polizeikräften und Absperrgittern abgeriegelt.Die eigentlich „öffentliche" Versteigerung begann um 10°° .Es gab 19 Sitzplätze für die Investoren, Gläubiger etc..., 5 für die Presse und ebenfalls nur 5 für die Öffentlichkeit.
Bei der Verhandlungseröffnung gab es noch folgende Neuigkeiten:

Die Gläubiger teilen sich wie folgt auf:

Berliner Commerzbank	2,7 Millionen DM
Landesbank Berlin	0,5 Millionen DM
Land Berlin Finanzamt Wilmersdorf	0,9 Millionen DM
	4,1 Millionen DM

Es gibt eine Baugenehmigung für die Errichtung eines Vorderhauses und für die Sanierung des jetzigen Bestandes.
Weiter gibt es Baugenehmigungen für eine Grundstücksübergreifende Bebauung und eine dazugehörende Abrißgenehmigung!
Die Genehmigungen wurden vom Bau - und Wohnungsamt Mitte erteilt.

Um 10 Uhr 23 wurde die Auktion eröffnet. Es war eine halbe Stunde Zeit zu bieten.
Als es kein Gebot gab wurde die Verhandlung um 10 Uhr 53 eingestellt !!!
Es liegt jetzt an den Gläubigern, ob und wann Sie eine neue Zwangsversteigerung beantragen.

Anwesend waren auch einige Eigentümer der anliegenden Grundstücke, der Vertreter der Berliner Commerzbank Herr Kurt und der für die Petersen & Partner KG arbeitende Dipl.- Ing. Manfred Schulz.
Dieser Schulz hat schon fertige Baupläne, um aus unseren Haus ein Botschafts und Kulturzentrum zu machen. Angeblich hätte er Kontakte zu 37 Botschaften aufgenommen, wobei möglicherweise 1 auch Interesse hätte !?!

Klar ist, daß es demnäxt einen weiteren Versteigerungstermin geben wird...
Klar ist auch, daß die KØPI bei der näxten Versteigerung „billiger" angeboten werden muß und das die Investoren das auch Wissen ...

Klar ist auch für uns: ***LOTTA CONTINUA***

Kein Commerz mit der KØPI

KØPI Bleibt - Risiko Kapital

Freitag, 12. Februar 1999 □ die tageszeitung

Schokoküsse für Bank

□ „Köpi 137" gegen Zwangsversteigerung

Etwa 40 Unterstützer und Bewohner der Köpenicker Straße 137 haben gestern mittag kurzzeitig die Commerzbank-Filiale am Kottbusser Tor besetzt. Sie protestierten dagegen, daß ihr Wohnraum „Profitinteressen der Spekulanten überlassen" werde. Das ehemals besetzte Haus in Mitte soll für mindestens 3,8 Millionen Mark zwangsversteigert werden. Die Commerzbank ist Gläubiger des bisherigen Eigentümers. In einem Gutachten werden die Köpi-Bewohner als Hausbesetzer bezeichnet, obwohl sie seit Jahren Mietverträge haben. Da der Geschäftsführer der Bank nicht zu sprechen war, hätten sie die Filiale wieder verlassen und mit Schokoküssen beworfen, berichtete ein Teilnehmer. Für morgen um 14 Uhr ab Hermannplatz und Dienstag um 9 Uhr vor dem Amtsgericht Mitte rufen sie zu Kundgebungen gegen die Versteigerung auf. ga

Nazi-Aufmarsch verhindern !

Die NPD plant, am 27.2.99 in Magdeburg einen Nazi-Aufmarsch unter dem Motto: „ Keine deutschen Pässe für Ausländer !", zu veranstalten. Sie will die, durch die rassistische Hetzkampagne der CDU, aufgeheitzte Stimmung nutzen, um auf Stimmenfang zu gehen.

Das werden wir nicht hinnehmen ! Kein Nazi-Aufmarsch - nicht in Magdeburg oder sonstwo !

Wir werden mit dem Zug von Berlin aus nach Magdeburg fahren, um mit einer starken antifaschistischen Demonstration unseren Protest zum Ausdruck zu bringen und um vor Ort zu sein, damit wir den Nazis in die Suppe spucken können.

Treffpunkt:

27.2.99 7:15 Uhr

Ostbahnhof Berlin

Antifa-Infotelefon:
030/ 2 756 0 756
0172/ 3017429 (Infotel. MD)

Antifaschistische Aktion Berlin [AAB] Engeldamm 68 10179 Berlin

„Regierung für Anschläge mitverantwortlich"

□ Potsdam – Der brandenburgische CDU-Vorsitzende Jörg Schönbohm hat der Landesregierung erneut Mitverantwortung für die jüngsten Anschläge auf Einrichtungen und Mitglieder seiner Partei zugewiesen. Seit Januar gab es fünf Angriffe in Zusammenhang mit der Unterschriftenaktion der Christdemokraten gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Die Regierung habe seit Jahren rechtsfreie Räume zugelassen, hieß es in einer Mitteilung. So werde in der Landeshauptstadt eine gewaltbereite linke Szene toleriert. *dpa*

23 Scheiben eingeschlagen

POTSDAM (ADN). Bedingt einsatzbereit: Im Erdgeschoß des Potsdamer Kreiswehrersatzamtes sind in der Nacht zu Donnerstag 23 Fensterscheiben eingeschlagen worden. Den Schaden entdeckte nach Polizeiangaben ein Soldat am Morgen. Als Tatgegenstand konnte lediglich der Pflasterstein sichergestellt werden, der eine Scheibe im ersten Stock zerschlug. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur und somit auch jeder Hinweis darauf, ob es sich um Wehrdienstgegner handelt.



"Wurzen - ein gutes Stück Sachsen!"

Wurzen - ein gutes Stück Sachsen!"

So steht es geschrieben auf einer Werbetafel in der Wurzner Innenstadt. Und tatsächlich ist Wurzen ein gutes Stück Sachsen und sogar noch ein klein wenig mehr. Ein Zentrum - das Zentrum - mit einem Zentrum im Zentrum.

Spätestens nach der antifaschistischen Demonstration vom 16.11.1996 in Wurzen ist bekannt, daß sich in der sächsischen Kleinstadt Wurzen wohl am besten neonazistische Strukturen mit dem Stadtklima verbinden konnten und können, daß eine Dominanz von Nazis auf der Straße und in den Clubs existiert und sich eine Nazi-Szene mit bundesweiter Bedeutung entwickelt hat. Sogar der sächsische Verfassungsschutz bezeichnet Wurzen auf Grund seiner Nazistrukturen als "das wohl wichtigste Neonazizentrum in Deutschland." Dieses hat sich kontinuierlich seit der deutsch-deutschen Vereinigung entwickelt. In Wurzen wurde das Flüchtlingsheim als eines der ersten bundesweit angegriffen. Die Unterkünfte für nicht-deutsche Bauarbeiter wurden so oft überfallen, bis schließlich sogar die Publikation „Wirtschaftsführer Deutschland" von einem Engagement in Wurzen abriet - wegen den ständigen Übergriffen auf Nichtdeutsche, Alternative, Obdachlose und andere Personen, die nicht in das deutsche Weltbild der ansässigen Bevölkerung passen.

Die Nazis wurden dafür gleich mit mehreren Einrichtungen von der Stadt gefördert und bedanken sich dafür mit der Ausübung der Exekutive auf der Straße - natürlich in ihrer rassistischen menschenverachtenden Auslegung. Alternative und nicht-rechte Jugendliche haben schon seit langem keine Möglichkeit, sich in einem Club zu treffen - weil sie keinen haben.

Und niemand stört diese Ruhe - und falls Wurzen doch wieder einmal in die Schlagzeilen kommt, bzw. zu kommen droht, werden die Reihen noch fester geschlossen. Dann kennen die Autoren der Regionalzeitung nur noch die "überregionalen Medien", die Wurzen ins rechte Licht rücken wollen; die Polizei sieht in den "auswärtigen Krawallmachern", die sich Wurzen als ausgemachtes Schlachtfeld ausgesucht hätten, die größte Gefahr und verhindert deren politischen Protest; die politisch Verantwortlichen verharmlosen alle Übergriffe und erklären in Verhöhnung der Opfer, daß es "hier keine Rechten gibt" (Wurzens Bürgermeister Pausch) und belohnen die Täter mit Jugendclubs nach ihren Überfällen und die meisten Einwohnerinnen und Einwohner stehen sowieso hinter ihren Kindern, da diese das Stadtbild in ihrem Sinne "sauber" hielten. Hier scheint es den sogenannten "Generationskonflikt" nicht zu geben - es herrscht Konsens. Ein für alle außerhalb dieses Spektrums stehenden Menschen lebensbedrohlicher Konsens.

Doch diese Situation macht Wurzen fast zu nichts besonderem mehr in der Landschaft deutscher Dörfer und Kleinstädte. Ein Angleichungsprozeß im gesellschaftlichen Klima - bestimmt durch einen deutschen rassistischen Konsens - und ein viel stärkeres öffentliches Auftreten der Nazis haben dazu geführt.

Doch Wurzen ist anderen Städten und Dörfern trotzdem noch weit voraus. Deshalb spricht das führende Mitglied der NPD und deren Jugendorganisation JN, Sascha Wagner, in der Nazizeitung „Noie Doitsche Welle" gar von einer „gelungenen Kulturrevolution" in Wurzen und denkt laut darüber nach, selbst nach Wurzen zu ziehen.

Während Wurzen als Exempel für die Umsetzung des Modells der "national befreiten Zone" steht, verfügt die organisierte Nazibewegung hier außerdem noch über ein selbstverwaltetes Jugendhaus, daß unter Obhut der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) als Zentrum im "bundesweiten Neonazizentrum" fungiert.

Es dient als Ausweichobjekt für bundesweite Naziveranstaltungen wie z.B dem „Pressefest" des nazistischen Europa-Vorn-Verlages, welches im Juni 1998 in Dresden aufgelöst wurde - im Wurzner Nazihaus allerdings seine Fortsetzung fand. In dem Haus befinden sich im Aufbau bzw. existieren schon: ein Computer- und Fotolabor zur Propaganda- und Anti-Antifa-Arbeit gegen unliebsame Personen wie PolitikerInnen, JournalistInnen, RichterInnen, Staatsanwälte und insbesondere AntifaschistInnen sowie zur bundesweiten und internationalen Vernetzung mit Neonazis aller coleur, ein Kraft- und Kampfsportraum zum physischen Drill der Wurzener und Muldentaler Nazis, ein Veranstaltungs- und Tagungsraum mit Kneipe zur kulturellen Gefügigmachung insbesondere der lokalen Jugend. Diese genannte Infrastruktur des Zentrums soll die Voraussetzung für die aktive Naziszene sein, um politische Arbeit zu leisten und zum anderen die noch-nicht-rechten Jugendlichen mit der Nazisubkultur vertraut machen.

Schwierig erscheint dies schon deshalb nicht, weil es in Wurzen keine alternativen Jugendtreffs für nicht-rechte Jugendliche gibt und bisher alle diesbezüglichen Versuche rigoros durch die Stadtverantwortlichen unterbunden wurden.

Außerdem dient das Wurzner Nazi-Haus auch als Ort für Nazi-Skin-Konzerte und sogenannte Liederabende. Eines dieser Konzerte war letztens im Bericht der Sendung *Kontraste* (ARD) auszugsweise zu sehen. Eine Naziband spielte dort vor mehr oder weniger bekannten Nazis und Nazi-Kadern aus Wurzen und Umgebung und gemeinsam wurde zu antisemitischen Texten gegröhlt, die außerdem zum Mord aufrufen. So grölten die anwesenden Nazis u.a. im Chor: „Wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik ..." oder „Wetzt die blanken Messer auf dem Bürgersteig, laßt sie flutschen in den Judenleib ...".

Nach diesem *Kontraste*-Bericht wurde das Haus vorerst dicht gemacht - aus baurechtlichen (!) Gründen wohlgemerkt. Diese sogenannte Schließung beinhaltete aber gleichzeitig, daß das Haus nach einigen Tagen für bestimmte Nazis wieder zugänglich gemacht wurde. Die können dort jetzt weiter ihre Aktionen vorbereiten und am Ausbau des Hauses werkeln, während sich die Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker offiziell auf die Schließung des Hauses berufen. Gegen verschiedene Wurzener Nazis, darunter dem NPD-Kreisvorsitzenden des Muldentalkreises, Markus Müller, wird seitens der Staatsanwaltschaft von Amts wegen halbherzig ermittelt. Daß dabei jedoch etwas herauskommt, ist mehr als fraglich. Schließlich können sich Beobachter der Szenerie des Eindrucks nicht erwehren, daß die Ermittlungen bewußt verschleppt werden und überhaupt nicht mit Nachdruck gearbeitet wird.

Doch selbst solange das Haus offiziell geschlossen ist, brauchen sich die Nazis um Räumlichkeiten für Partys und ähnliches keine Sorgen zu machen. So fand in der Silvesternacht zum Beispiel eine Party Wurzner Nazis im Haus des DSU-Stadtrates Ickers statt.

Die Wurzener Naziszene gehört zu der aktivsten und gewalttätigsten in Deutschland. Das beweisen nicht zuletzt der Überfall auf einen Personenzug im Januar 1998, in dem linke Gruppen zu einer Demonstration gegen Neonazis fuhren, ein Aufmarsch zu Ehren des Hitlerstellvertreters Rudolf Hess im Leipziger Neubaugebiet Grünau am 17. August 1998, ein an Brutalität kaum zu überbietender Angriff auf einen Antifaschisten am 22. Januar 1999, bei dem jenem Antifaschisten eine Pistole an die Schläfe gesetzt wurde und dieser sich seiner mutmaßlichen Exekution nur durch Notwehr entziehen konnte sowie ein Angriff auf junge Leipziger AntifaschistInnen, die am 24. Januar 1999 vor einem Neonazi-Treff in Leipzig-Grünau von mehreren dutzend u.a. Wurzener Nazis mit Knüppeln, Steinen, Flaschen und Totschlägern angegriffen wurden.

Darüberhinaus wird von den Wurzener Nazis äußerst aggressive Propaganda für die Nazi-Partei NPD betrieben. Viele Nazis der Szene besitzen selbst das Parteibuch der NPD. Und gerade im Wahljahr 1999, in dem sowohl Kommunal-, Europa-, als auch Landtagswahlen in Sachsen anstehen, wird die Wurzner und Muldentaler Szene alles daran setzen, ihrer Partei entsprechende Wahlerfolge einzufahren.

Besonders brisant wird die ganze Situation, wenn man den Fakt hinzuzieht, daß seit einigen Monaten der für Wurzen zuständigen Polzeidirektion Grimma der ehemalige Chef der berüchtigten Sächsischen Sonderkommission Rechtsextremismus (Soko Rex), Bernd Merbitz, vorsteht. Dieser scheint aber weniger Interesse an einem Verfolgungsdruck gegenüber Nazis zu haben als vielmehr daran, gegen die Partikelchen einer linken Szene in Wurzen und im Umland vorzugehen. Das beweisen mehrere grundlose Festnahmen, Verhöre, Ermittlungsverfahren und Hausdurchsuchungen.

Unterstützung statt Problematisierung lautet das Motto der Stadt Wurzen. Grund genug, Wurzen, seine Nazis, die Bevölkerung und die Stadtverantwortlichen fortlaufend in die Medien zu bringen. Es kann nur jedes mal neu Aufgabe antifaschistischen Protestes sein, diesen rassistischen Konsens zu thematisieren und entschlossen dagegen vorzugehen.

Deshalb fordern wir:

- die endgültige Schließung des Nazihauses in der Käthe-Kollwitz-Straße und aller schon geplanten Ersatzobjekte
- die sofortige Einstellung der Jugend- und Sozialarbeit für und mit Nazis und Rassisten
- ein alternatives Jugendzentrum für nicht-rechte Jugendliche in Wurzen &
- die sofortige Einstellung aller Verfahren und Ermittlungen gegen Alternative und Linke in Wurzen und Umgebung!

Bündnis gegen Rechts, Leipzig

Vorschlag für ein Konzept für einen Castor-Transport vom Kernkraftwerk Emsland (KKE) in Lingen

Für Aktionen anläßlich eines Castor-Transportes vom KKE in Lingen sehen wir die gesamte Bahnstrecke zwischen Lingen und Münster als Aktionsfeld. Diese Strecke ist sowohl für einen Transport nach Ahaus, als auch für einen Transport nach Sellafield die einzig mögliche Transportstrecke, in diesem Bereich hat die Atomindustrie keinerlei Alternativen, sieht mensch einmal von einem Straßentransport ab. Einen solchen halten wir allerdings für unrealistisch, da das KKE einen Gleisanschluß besitzt, der schon nach wenigen Metern auf die Hauptstrecke mündet; das BZA Ahaus hat ebenfalls einen Gleisanschluß, der Castor müßte also nicht umgeladen werden und könnte über die Schiene das BZA in kürzester Zeit erreichen. Bei einem Transport nach Sellafield ist ein Straßentransport schon allein wegen der langen Wegstrecke unrealistisch, zudem sind auch in der Vergangenheit die Transporte immer auf der Schiene abgewickelt worden.

Ein großes Problem bei einem Transport nach Ahaus ist die extrem kurze Wegstrecke. Da wir nicht davon überzeugt sind, daß ein möglicher Transporttermin auch veröffentlicht wird, ist es wichtig, Strukturen zu schaffen, daß mensch von einem Transport rechtzeitig erfährt. Wir gehen davon aus, daß zumindest das Ende des Transportstopps angekündigt wird, Beim konkreten Transporttermin kann auf keinen Fall davon ausgegangen werden, daß dieser bekannt wird; vielleicht allenfalls die Transportwoche, vielleicht aber auch nicht. Deshalb muß ein Konzept auf jeden Fall von einem nicht-angekündigten Transport ausgehen, egal, wie der/die einzelne das auch einschätzen mag.

Die Strecke Lingen-Münster ist eine vielbefahrene Strecke. Wir müssen dafür sorgen, daß am Transporttag außer dem Castor-Zug keine weiteren Züge fahren. Dies kann durch Ankündigungen geschehen, daß wir auf jeden Fall auf die Schiene gehen werden, so daß den Verantwortlichen keine andere Möglichkeit bleibt, als den normalen Zugverkehr am Transporttag auszusetzen. Hier besteht vielleicht auch eine Möglichkeit, den Transporttermin zu erfahren, denn wenn wir nicht schon durch einen Stopp des Personenverkehrs auf den Transporttag hingewiesen werden, so muß die Strecke bei einer derartigen Ankündigung auf jeden Fall von der Polizei gesichert werden, und zumindest dadurch können wir etwas mitkriegen.

Entlang der Strecke müssen vielfältige Strukturen geschaffen werden. Eine alleinige Fixierung auf Camps halten wir für unklug, da die Erfahrungen beim X4-Transport gezeigt haben, daß die Polizei Camps schnell verbieten und räumen kann. Hier sollten wir auf Vielfalt und Unberechenbarkeit setzen. In Münster würde sich z.B. die Möglichkeit bieten, Leute dezentral unterzubringen, so daß die Polizei nicht gleich alles im Blick und unter Kontrolle hat. Daher können wir uns Münster als einen Schwerpunkt des Streckenkonzeptes vorstellen. Auch über mobile Campstrukturen, wie sie auch an anderen Standorten schon angedacht worden sind, muß diskutiert werden. Trotz aller Vorteile, die eine solche Struktur bringen kann, sehen wir dabei einige Probleme, die wir in den Griff kriegen müssen. Zum Einen wäre da der Informationsaustausch untereinander. Mobile Strukturen erschweren die Möglichkeit, Absprachen zu treffen, oder zu realistischen Einschätzungen zu kommen (wie viele Leute sind an welchen Orten), und Aktionen zu koordinieren. Außerdem steht eine mobile Struktur schnell vor dem Problem, vor einer Polizeikette zu stehen und nicht weiterzukommen. Wie verhalten wir uns in einer solchen Situation? Mobile Campstrukturen machen es für Anreisende, besonders für Unorganisierte schwer, an Infos zu kommen, und sich irgendwie einzubringen. Deshalb muß es auch feste Anlaufpunkte geben, die aufgesucht werden können, wo Infos erhältlich sind usw., also praktisch „traditionelle" Camps. Hier sollte darauf geachtet werden, daß der Polizei möglichst wenig Möglichkeit gegeben wird, das Camp in irgendeiner Weise zu be- oder verhindern (z.B. durch möglichst viele Campzufahrten wegen Abriegelung usw.)

Konkret auf Lingen bezogen denken wir, daß Aktionen direkt in Lingen nicht sinnvoll sind, da das AKW am südlichen Stadtrand liegt und der Transport in Richtung Süden fährt. Am Gleisanschluß des AKW wird es schwierig, Aktionen durchzuführen, da der Bereich durch die Polizei leicht abzusperren ist, so daß es schon schwierig werden wird, dorthin zu kommen. Hinzu kommt, daß vor kurzem ein Zaun am Gleisanschluß gezogen wurde, der das Aktionsfeld noch weiter einengt. Sinnvoller erscheint es uns, Aktionen an der Strecke hinter der Stadtgrenze zu beginnen, hier ist zu prüfen, wo evtl. die Möglichkeit besteht, ein Camp zu organisieren, was sich aufgrund der obrigkeitshörigen Bevölkerung sicher noch als Problem erweisen wird.

Ein Vorteil für uns ist, daß es entlang der Strecke mehrere Initiativen gibt, die an Ihrem Ort Aktionen vorbereiten können, Camps einrichten und dgl.. Außerdem halten wir es für wichtig und wünschenswert, daß standortunabhängige Gruppen sich bereit erklären, Aufgaben zu übernehmen, d.h. z.B. ein Camp zu organisieren oder Aktionen vorzubereiten. Deshalb brauchen wir ein Treffen, in dem sich all die Gruppen zusammensetzen, die an der Strecke Lingen-Münster etwas machen wollen. Das erste Treffen findet am 28.Februar in Münster statt.

autonome Anti-Atom-Gruppe Lingen

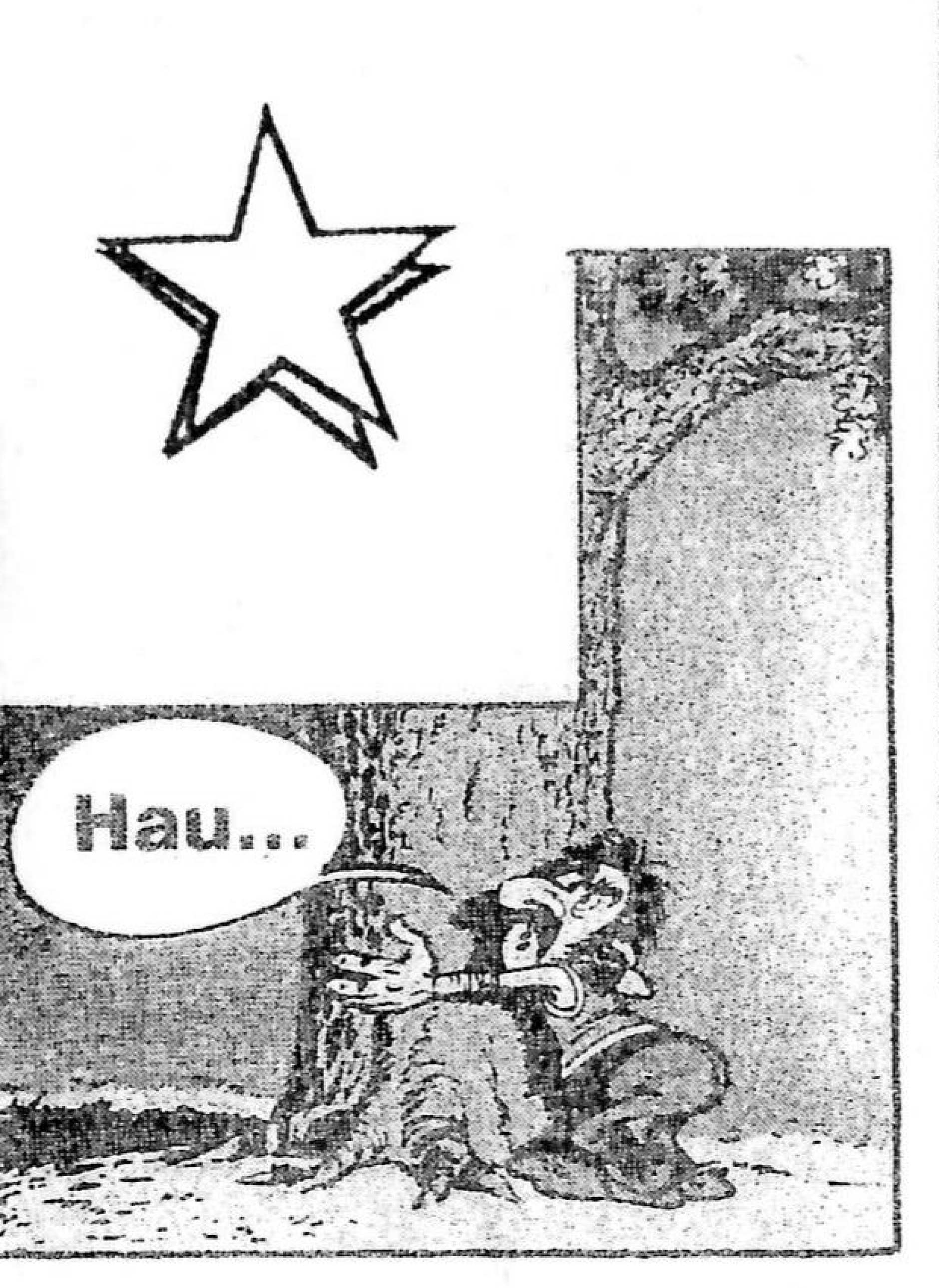
Kritikpunkt 1: Stellungnahmen der BI Ahaus zum Standortzwischenlager Lingen

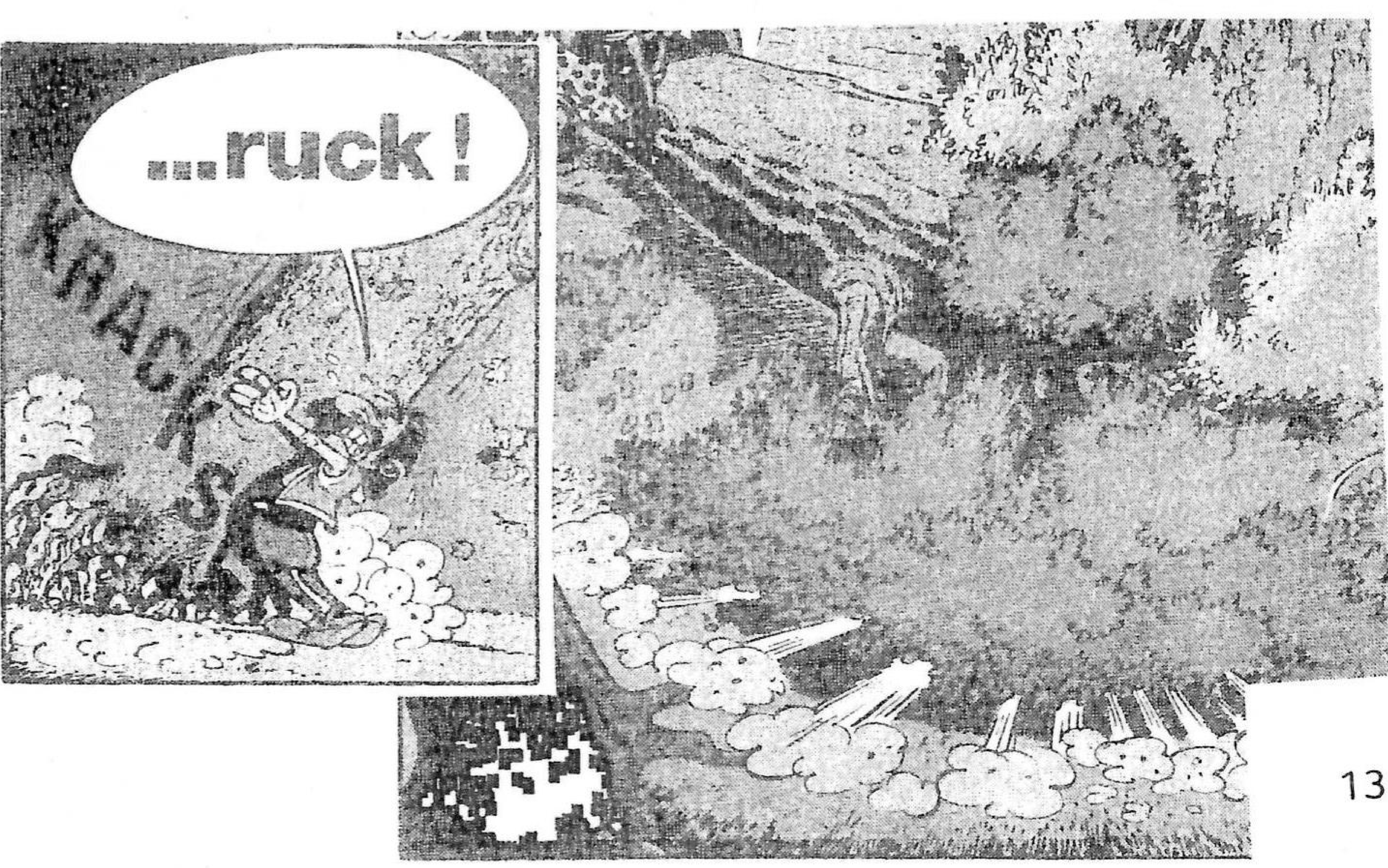
Unser erster Kritikpunkt betrifft das Verhalten der BI Ahaus zum Thema Standortzwischenlager in Lingen. Nach Bekanntmachung des Vorhabens durch die VEW hat die BI eine Presseerklärung u.a. auch an die Lingener Lokalpresse verschickt, in der es u.a. hieß, ein Standortzwischenlager sei nur akzeptabel mit einer klaren Stillegungsperspektive für das betreffende Atomkraftwerk. Für uns handelt es sich dabei um eine Forderung, die wir nicht akzeptieren können, und die übrigens auch im Widerspruch zum Beschluß des Standortetreffens vom 9.1. in Göttingen steht. Wenn die BI erklärt, mit einer klaren „Stillegungsperspektive" (was immer das heißt) den Bau dezentraler Zwischenlager akzeptieren zu können, steht sie damit im Widerspruch zu unserer Position und der Position der Anti-Atom-Bewegung. Für uns steht weiterhin die Forderung nach einem Sofortausstieg auf der Tagesordnung, und für einen solchen braucht mensch keine dezentralen Zwischenlager. Wir lehnen das Zwischenlager in Lingen ab, auch wenn es angeblich zeitlich befristet werden soll. Wir wollen das AKW Lingen an seinem Dreck ersticken lassen und nicht durch ein Standortzwischenlager den Weiterbetrieb sichern, genau das bedeutet aber die Forderung der BI, die dies in einem Interview in der Jungen Welt und zuletzt auf der Bürgerversammlung am 21.1. in Lingen nochmals wiederholt hat, und das obwohl wir die BI auf dem letzten Delitreffen darauf aufmerksam gemacht haben. Daraufhin wurde uns zugesichert, das Problem zu diskutieren, die Formulierung mit der „Stillegungsperspektive" sei ja wirklich etwas unglücklich. Trotzdem wurde diese Position weiter so vertreten. Wir gehen ja auch nicht nach Ahaus und erklären, daß wir das Zwischenlager dort unter bestimmten Voraussetzungen akzeptieren würden. Die Ahauser Gruppen würden mit Recht auf die Barrikaden gehen. Es scheint, als würde beim Thema dezentrale Zwischenlager noch Diskussionsbedarf bestehen, wie denn nun die Position der Anti-Atom-Bewegung ist.

Kritikpunkt 2: Rolle von X-tausendmal quer im Widerstand

Seit kurzem gibt es ein „Vernetzungstreffen" zum Thema Lingen, das jeden ersten Montag im Monat in Lingen stattfindet. Entstanden ist dieses Treffen aus einem „Informationstreffen" für X-tausendmal quer, auf dem diese Informationen über den Standort erhalten wollten. Auf dem Treffen, auf dem wir nicht vertreten waren, wurde dann beschlossen, sich doch einfach mal regelmäßig zu treffen und ein Vernetzungstreffen aufzuziehen.
Wir können dieses Treffen in der jetzigen Form nicht akzeptieren. Wir finden es nicht korrekt, daß eine Gruppe von außerhalb ein Treffen zum Thema Lingen anleiert, ohne mit der Gruppe, die den Widerstand in Lingen zu einem großen Teil trägt, Rücksprache zu halten.
Bei uns ist der Eindruck entstanden, daß X-tausendmal quer durch diese Treffen den Widerstand in Lingen dominieren will, mit der Motivation, Standorten, an denen nichts läuft, „zum Widerstand zu verhelfen". Wir wissen allerdings nicht, wie X-tausendmal quer zu der Einschätzung kommt, in Lingen würde nichts laufen. Wir finden es ziemlich anmaßend, unter dem Vorwand der „Standortunterstützung" einzelne Standorte für sich an Land ziehen zu wollen, so kommt es uns jedenfalls vor. Dieser Eindruck konnte auch in Gesprächen mit den betreffenden Gruppen nicht ausgeräumt werden.
Das Konzept von X-tausendmal quer, wie es bei den vorhergehenden Transporten durchgeführt wurde, sieht vor, bei Aktionen weitgehend unter sich zu bleiben. Auch beim kommenden Transport will X-tausendmal quer ein eigenes Camp organisieren und eine große Blockade durchführen. Wir sind der Meinung, daß es keine Extrawürste für irgendwelche Gruppen geben darf, und daß sich auch Gruppen mit eigener bundesweiter Struktur, wie X-tausendmal quer, sich mit der restlichen Anti-Atom-Bewegung abstimmen müssen. Natürlich wollen wir mit X-tausendmal quer, wie auch mit anderen auswärtigen Gruppen zusammenarbeiten, und halten ebenfalls ein Vernetzungstreffen zum Thema Lingen für notwendig. Aber mit der Art und Weise, mit der dieses Treffen zustande gekommen ist, können wir uns nicht abfinden. Auch die Einladung für das zweite Treffen dieser Art wurde von X-tausendmal quer verschickt, die dadurch bestimmen, wer dazu eingeladen ist. Dazu kommt, daß wir den Termin Montags abends für ziemlich ungünstig halten, vor allem für auswärtige Gruppen. Das aber nur am Rande.
Mittlerweile haben wir selbst zu einem Koordinationstreffen eingeladen, das am 28.2. in Münster im UWZ stattfindet, was aber keineswegs als Spaltungsversuch verstanden werden soll. Auf diesem Treffen soll vielmehr - unter Einbeziehung von X-tausendmal quer - gleichberechtigt für den möglichen Castor-Transport von Lingen nach Ahaus oder Sellafield geplant werden können, was wir bei dem bestehenden Treffen als nicht gegeben ansehen.

Autonome Anti-Atom-Gruppe Lingen





ANTI-ATOM Politics

Ausstieg? HA! HA! HA! Die große VERARSCHUNG!!! RotGrün, die Modernisierer der Atomwirtschaft?!



- Die Atomwirtschaft hat sich bisher in den "Konsens"gesprächen unter Ausschluß der kritischen Öffentlichkeit in **ALLEN** Punkten durchgesetzt
- Die Wiederaufarbeitung wird vorzeitig beendet, ohne daß die Atom-Konzerne zahlen müssen. Den Zeitpunkt bestimmen die Betreiber selbst.
- Neue Zwischenlager an den AKW-Standorten, ein alter Wunsch der Atomlobby, kann nun realisiert werden. Schröder/Trittin haben kurzfristige Baugenehmigungen zugesagt.
- RotGrün hat den Betreibern Hilfe bei drohenden Entsorgungengpässen, notfalls gegen den Widerstand der Basis, zugesichert, d. h. Castor-Transporte werden wieder genehmigt und durchgeführt.
- RotGrün hat die Kapazitäts-Verdopplung der Urananreicherungsanlage Gronau bereits genehmigt. Die Betreiber haben die Gunst der Stunde genutzt und sofort eine erneute Verdopplung auf nunmehr 4000 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr beantragt.
- Mittel für das Kernfusionsprojekt Greifswald sind von der SPD-Forschungsministerin Buhlmann aufgestockt worden.
- Siemens baut mit Zustimmung von RotGrün nicht nur an mehreren AKW's in Rußland, Weißrußland, Littauen, Ukraine Tschechien, Slowakei, Ungarn und Bulgarien, auch eine Stromleitung für den Import des Atomstroms ist bereits im Bau. Nicht zu vergessen, das Bemühen von Siemens der Türkei zur Atomtechnik/-waffen zu verhelfen, sowie der Export der Hanauer Brennelementfabrik nach Rußland.
- Die Gesamtbetriebsdauer der AKW's bis zu insgesamt 50 - 60 Jahren festzuklopfen scheint unter den Gesichtspunkten, daß nur die Vollastlaufzeiten gerechnet und Stillstandszeiten abgezogen werden, durchaus realistisch.

Die grüne Regierungspartei hat bereits eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Zustimmung der Grünen zu diesen Plänen als Erfolg verkaufen soll und an einer Marketingkonzeption bastelt, wie denn die nächsten Castortranporte zu vermitteln seien. Von Realitäten und Notwendigkeiten, Machbarkeit, Primat der Politik, Einstieg in den Ausstieg usw. wird dann die Rede sein, wohlgemerkt von Leuten, die ehemals angetreten sind den Fortschrittsglauben, Rüstungs-, Männlich- und Machbarkeitswahn am Beispiel der Atomtechnologie zu bekämpfen. Verbitterung macht sich breit an der grünen Basis, "wie könnt ihr euch bloß derart über den Tisch ziehen lassen" fragen sich viele, die ersten Parteiaustritte sind die logische Konsequenz. Wer jetzt immer noch an die Aufrichtigkeit der Grünen und auf die Durchsetzungsfähigkeit aufrechter Grüner im Rahmen des parlamentarischen Systems glaubt, dem/der ist nun wirklich nicht mehr zu helfen. Aber was heißt das für uns?

Höchste Zeit für eine gemeinsame Aktion!!!

Aktionen gegen die Gorlebener Pilotkonditionierungsanlage (PKA) **am 27.2.99**! Kondition, hat das was mit Sport zu tun, und wozu wird der Pilot gebraucht, oder was? Die PKA ist ein zentraler Bestandteil der Atommüllproblematik und des Standortkonzepts in Gorleben, da die Castoren ansonsten nur am AKW entladen oder repariert werden können. Irgendwann müssen die Castoren aber entladen werden, spätestens wenn sie undicht werden. Die PKA ist fast fertig gebaut (ca. 1 Milliarde Mark hat das Ding bisher gekostet) Die öffentliche Anhörung für die letzte Teilerrichtungs-Genehmigung soll im Frühjahr stattfinden.

Die erste Atomanlage, die unter RotGrün in Betrieb gehen soll!

Kommt alle am Samstag den 27. Februar 1999 nach Gorleben zur Belagerung der PKA.

11 Uhr Demo ab Gedelitz, 12 Uhr Kundgebung, Errichtung eines Sandsackwalls (Generalprobe für den nächsten Castor-Transport!), Wendländische Spezialitäten, Verpflegung mit Pommes rot/grün, Feuer und Flamme, Mucke gibs auch, Und anderes mehr ..... Laßt euch was einfallen!!!

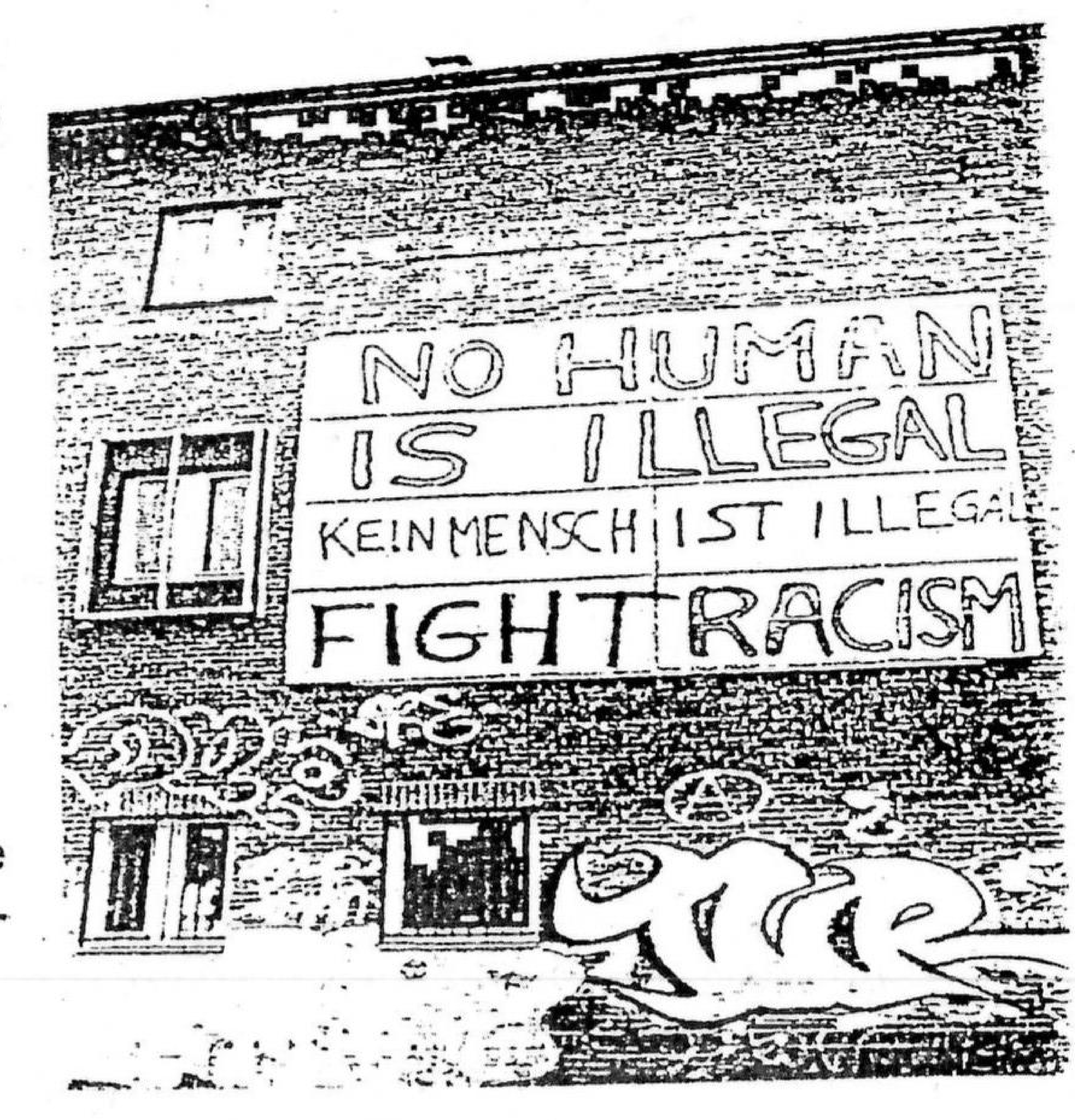
Von Berlin aus fahren wieder Busse!!! Samstag 27. Februar 6 Uhr früh! Rosa-Luxemburg-Platz Rückfahrt noch am gleichen Tag, Busfahrkahrten gibs im Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof

"Im atomaren Ausstiegspoker ist unser Widerstand der Joker!"

Anti-Atom-Plenum Berlin & NIXmehr Infotelefon **030-261 98 12**

Verschärfungen des Asylbewerberleistungsgesetzes
unter großem Medienrummel veranstaltete Polizeigroßeinsätze gegen Flüchtlings-unterkünfte z.B. in Neumühlen und Rahlstedt im Kampf gegen vermeintliche "Hochburgen des Verbrechens".
Abschiebeterror über den Containerknast Glasmoor und den Flughafen Fuhlsbüttel.
Um nur einige zu nennen.

gließlich ist Wrocklage Auftraggeber des "
andlungskonzeptes für die Polizei in St.Georg",
lches einen Ausnahmezustand für Junks, als
ogendealer stigmatisierte MigrantInnen und
dachlose in der Nähe der Visitenkarte Haupt-
hnhof etabliert hat. Tausende von Platzver-
isen, Ingewahrsamnahmen und Verhaftungen
hrten schlußendlich zu einerVerlagerung der
zene" zum S-Bahnhof Sternschanze und in die
raßenzüge rund um die Rote Flora. Der polizei-
che Maßnahmenkatalog des oben genannten Kon-
ptes wurde dann, wenn auch anfangs vorsichtig
f das Schanzenviertel übertragen. Dabei ist
rauf geachtet worden, ein weiteres wichtiges
nenpolitisches Projekt nicht zu gefährden, die
ogenannten Sicherheitspartnerschaften von Poli-
eiund Bürgern. Der im Hamburger Polizeiskandal
ls Schläger und Folterer identifizierte Bulle
olite sich als freundlicher Partner und Helfer

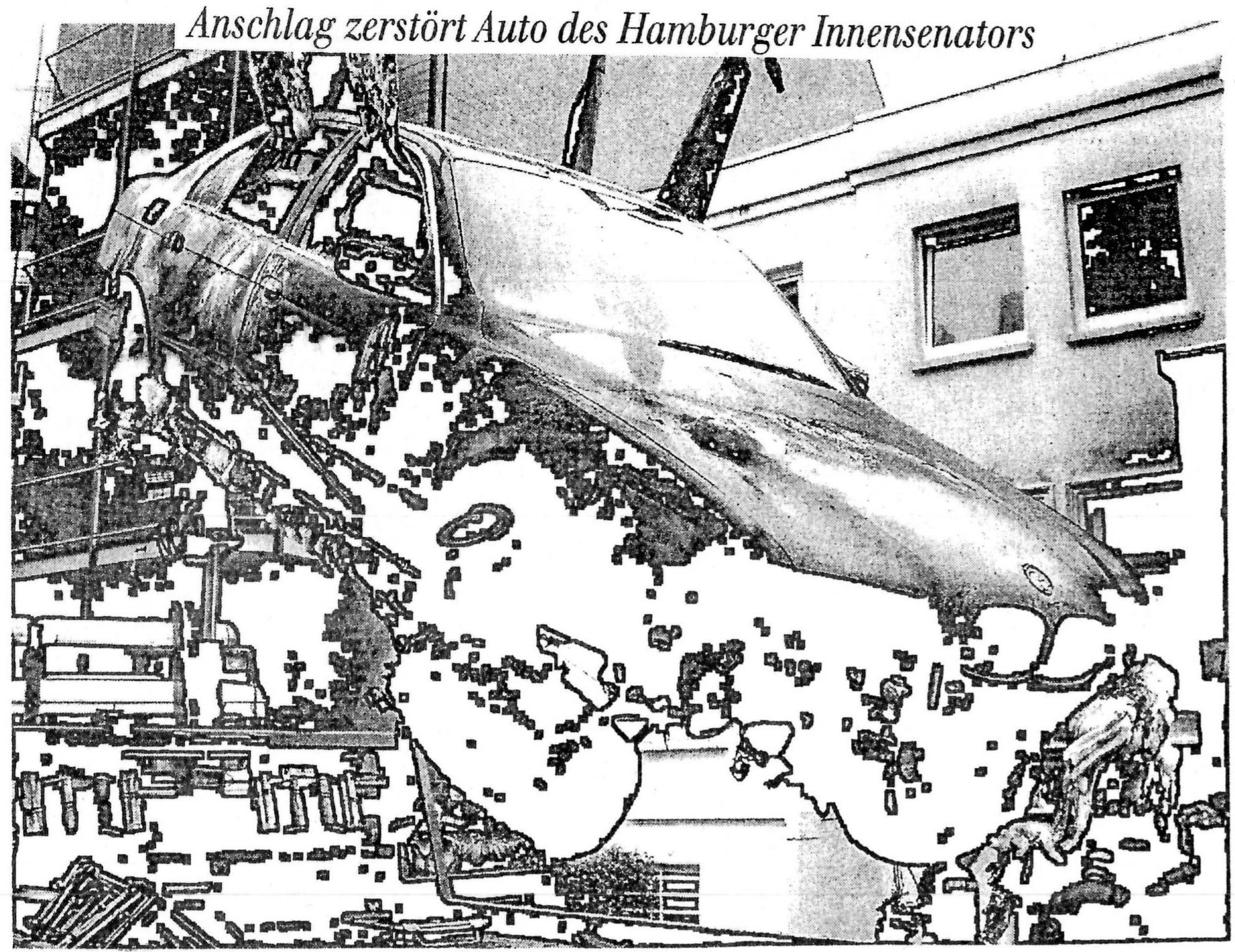


uppen. Unter zuhilfenahme einer massiven Medienberichterstattung und der Mo-
sierung vorhandener rassistischer Bilder sowie Einstellungen der BewohnerIn-
des Multikulti-Alternativstadtteils Schanzenviertel, wurde ein Bedrohungs -
arioso oft wiedergekäut bis die Gestalt des schwarzen Drogendealers verinner-
t und festgeklopft war.
Legitimität als auch Normalität einer tagtäglichen rotgrünen polizeilichen
rpräsenz wird nicht mehr in Frage gestellt. Die freundlich dreinschauenden
oullierenden Bullenpärchen und finsteren Zivischläger der Wache 16, welche
egrenzte Gruppen, die nicht dazu (d.h. ins Viertel) gehören, nämlich die
arzen Dealer, die Junks oder die bettelnden Obdachlosen, kontrollieren, ver-
en und drangsalieren, werden von den meisten BewohnerInnen toleriert oder ak-
iert. Nach dem Prinzip einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung führt das
Polizeiaufkommen zu einer Zementierung des Selbstbildes einer bedrohten
telgemeinschaft, welche Hilfe von außen bedarf. Der Polizist, der zu Zeiten der
fe gegen die Ansiedlung des Musicals "Phantom der Oper" als Erfüllungsgehilfe
r viertelfeindlichen Umstrukturierungspolitik gesehen wurde, mutiert nun zum
erheitspartner im Kampf gegen die an die Wand gemalte Verslumung des Stadtteils.
ächlich boomt die Schanze wie selten zuvor, lockt das prickelnde Flair einer an-
ichen "Bronx" nachts haufenweise Yuppie-Pack der Werbe- und Medienszene in die
pen und Restaurants - das Nachtleben dort ist "angesagt". Der Roten Flora wird
störendem Schandfleck nicht verziehen, daß sie sich gegen eine Sicherheitspartner
ft stellt, genausowenig wie den unverbesserlichen vermeintlich autonomen Mili-
en, die für die Angriffe auf die Bullen verantwortlich gemacht werden.
Zukunft eines linksradikalen Zentrums Rote Flora wird sich sicherlich mit daran
cheiden, ob die repressive Politik des Hamburger Senats mitgetragen wird oder
t - oft genug wurde der Flora signalisiert, daß sich die Kontrollen ja nicht
n sie richte sondern gegen "andere".
sradikale im Schanzenviertel und in Hamburg kommen aber nicht darum herum, offen
gegen den rassistischen Ausgrenzungsdiskurs Stellung zu beziehen und zu handeln,
s sie nicht völlig unglaubwürdig werden wollen - denn Freiheit ist unteilbar.
Schluß mit den Razzien und Platzverweisen !
Bleiberecht für alle !
Rote Flora bleibt, selbstorganisiert und widerständig !

Hamburg, den 15.2.99



Anschlag zerstört Auto des Hamburger Innensenators



„Damit muß man rechnen“

Auch Hartmuth Wrocklage hat nach dem Vorfall mit seinem BMW Formulierungen gefunden, die es ihm erlauben, rational mit dem „mysteriösen“ Vorfall umzugehen: „Wenn man Innensenator wird, muß man mit so etwas rechnen“, sagte er. Wenn es ein Anschlag gewesen sein sollte, sagte er, als das noch nicht feststand, wäre dieser Anschlag ja auch „nicht persönlich gemeint“. Wer so etwas tue, „will das System treffen, aber das wäre natürlich auch ein völlig untauglicher Versuch“ – so abgeklärt dozierte der Innensenator am Montagmorgen über die Tatsache, daß sein Auto nachts vor der Haustür plötzlich Feuer fing.

Gegen geplanten Justizmord in den USA

Tausende demonstrierten in Hamburg für Freiheit von Mumia Abu-Jamal

Etwa 5 500 Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik demonstrierten am Sonnabend in Hamburg gegen die drohende Hinrichtung des afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal. Bunt war das Teilnehmerfeld: DKP, PDS, SDAJ und Linksruck-Jusos demonstrierten Seite an Seite mit den Angehörigen der Gefangenen aus der RAF und den Vertretern verschiedener nationaler Befreiungsbewegungen. Frauen- und Lesbengruppen solidarisierten sich ebenso wie Friedensgruppen und Bewohner von Bauwagenplätzen.

Trotz des langen Marsches – immerhin mehr als zehn Kilometer von St. Pauli durch die Hamburger Innenstadt bis zum US-Konsulat am Alsterufer – blieb niemand unterwegs. Im Gegenteil, es wurden immer mehr. »Aus allen Teilen der Welt bekamen wir Soli-Faxe«, freut sich Roger Hasenbein. »So viele, das wir sie gar nicht alle vorlesen konnten.« Mumia selbst hatte aus dem Gefängnis eine Grußadresse geschickt: »Dies ist ein Zeit voller Herausforderungen für uns – aber immer wieder habe ich beobachtet, wie Ihr diesen Herausforderungen mit Zuversicht und Gelassenheit begegnet.«, schrieb er. Unter den Kundgebungsrednern waren eine Vertreterin von Pax Christi, der Antifaschist Peter Gingold, die Verteidigerin von Safwan Eid, Gabriele Heinecke, und der PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf, der in seiner Rede unter anderem erklärte: »Diejenigen, die Abu-Jamal hinrichten wollen, wollen damit ihre Philosophie der Gewaltherrschaft dokumentieren. Wer gestern Bomben auf Bagdad warf, wer morgen Bomben auf Belgrad wirft, der wirft sich auf zum Herrscher über das Leben all derjenigen, die Widerstand leisten.«

Etwa die Hälfte des Demonstrationszuges bestand aus Anhängern verschiedener kurdischer und türkischer Gruppen, die ihre Solidarität mit Mumia mit der Forderung nach Freilassung von Abdullah Öcalan verbanden. »In fast allen Redebeiträgen bei der Abschlußkundgebung vor dem US-Konsulat wurde auf die aktuelle Situation in Kurdistan eingegangen und die Verschleppung Öcalans als ebenso barbarischer Akt des Imperialismus gewertet wie die Inhaftierung und drohende Hinrichtung Mumia Abu-Jamals.

Len Weinglass, einer der Verteidiger Mumia Abu-Jamals, bedankte sich in einer Grußadresse für die lange und vielfältige Unterstützung in der Bundesrepublik. In den nächsten Monaten werde der Kampf um Mumias Leben in die entscheidende Phase kommen. Mumia habe alle Berufungsmöglichkeiten auf Landesebene in Pennsylvania ausgeschöpft. Nun komme die nächste und letzte Stufe, das Bundesgericht. »In den letzten zwanzig Jahren haben Bundesrichter 38 Prozent aller Todesurteile wieder aufgehoben, die von Gerichten auf Länderebene ausgesprochen wurden«, so Weinglass.

Das Team von Mumias Anwälten sei sich aber ziemlich sicher, daß der Oberste Gerichtshof der USA in Washington D.C. die Anhörung des Falles Abu-Jamal ablehnen werde. Daraufhin würde Gouverneur Ridge vermutlich sofort den Hinrichtungsbefehl unterschreiben. Dann würden die Anwälte als folgenden Schritt beim Bundesgericht in Philadelphia, dem Philadelphia District Court, eine direkte Anhörung des Falles und die Herausgabe der Akten, die bisher von der Staatsanwaltschaft geheimgehalten wurden, beantragen. »Dieses Gericht ist der kritische Punkt in der Auseinandersetzung um Mumias Leben«, so Weinglass. Deshalb sei es wichtig, auch weiterhin internationale Unterstützung zu bekommen. Zum Beispiel am 24. April, wenige Tage nach Mumias 45. Geburtstag, wenn in den USA über eine Million Menschen beim One-Million-For-Mumia-Marsch auf die Straße gehen werden.

Birgit Gärtner

Der Utopie dicht auf den Fersen?

Immer wieder gibt es Menschen, die auf der Suche nach Alternativen zur herrschenden, kapitalistischen Ellbogengesellschaft sind, die das Leben in der bürgerlichen Kleinfamilie nicht als einzig mögliche Antwort auf die Themen: Beziehung, Kinder, Altwerden oder Kranksein begreifen; Leute, die auf der Suche sind nach Solidarität und Ansatzpunkten zu widerständigem Leben.
Eine Möglichkeit ist, die Fragen des Lebens kollektiv zu beantworten. Also das Leben in Kommunen, in Wohnprojekten, besetzten Häusern, auf Wagenplätzen zu organisieren.

Mit dem Begriff »Kommune« verbinden viele die altgewordene »68er-Bewegung«. Damals taten sich politisch Aktive in Stadt- und später in Landkommunen zusammen, um aus den bürgerlichen Konventionen auszubrechen, mit neuen Formen zu experimentieren. Meist beschränkten sich diese Projekte auf einen bestimmten Lebensabschnitt der daran Beteiligten.

Im Unterschied dazu sind die heute bestehenden Kommunen und Wohnprojekte eher Lebensentwürfe, in denen Menschen unterschiedlichster Ausprägung altersgemischt zusammen wohnen und/oder arbeiten. Durch gemeinsames Wirtschaften in eigenen Betrieben und Arbeitsbereichen ergibt sich Stabilität und Verbindlichkeit in den Projekten. Sie wollen Alternativen zur vorHERRschenden Gesellschaft entwickeln. Niemand wird ernsthaft bestreiten, daß die Weltwirtschaft darauf angelegt ist, allein auf freieste Marktentfaltung, Ausbeutung der Resourcen und Gewinnmaximierung zu achten. In der Folge produziert sie weltweite Verelendung, ökologische Desaster und soziale Deregulierung. Der Kampf gegen diese Strukturen ist, entgegen anderslautenden Gerüchten und Wunschvorstellungen, noch nicht überflüssig geworden.
»Nicht, daß wir denken, wir hätten alleinseeligmachende Konzepte dafür«, heißt es von Seiten der Tourgruppe, »aber durch den Aufbau menschenfreundlicher Lebensformen, gerechter Arbeitsstrukturen sowie Infragestellung normalen Konsumverhaltens wollen wir in der Tat nichts weniger als am Aufbau und am Erhalt einer gerechteren Welt mitwirken.

Große Worte für kleine Schritte?
KommunardInnen aus der Kommune Niederkaufungen, der Finkenburg bei Bremen, der Schäferei Reinighof im Pfälzer Wald, dem Wohnprojekt Zorrow aus Berlin sowie der Olgashof-Kommune bei Wismar stellen ihre Erfahrungen vor und hoffen auf regen und kritischen Austausch.
Es werden auch Informationen über Aufnahmemöglichkeiten in bestehende Gruppen und Hilfestellungen bei der Gründung neuer Gemeinschaften gegeben. Tourfahrplan:

Göttingen	Fr., 26.2.99, 20 Uhr	Lesung im **Buchladen Rote Straße**, Nikolaikirchhof 7, Göttingen
Hannover	So., 28.2.99, 20 Uhr	**Infoladen Kornstraße**, Kornstr. 28/30, Hannover
Bielefeld	Mo., 1.3.99, 20 Uhr	**Palando**, Wittekindstr. 42, Bielefeld
Münster	Di., 2.3.99, 20 Uhr	**ESG**, Breul 43, Münster
Hagen	Do., 4.3.99, 20 Uhr	**Alternative Pelmke-Schule**, Pelmkestr. 14, Hagen
Bochum	Fr., 5.3.99, 20 Uhr	**Bahnhof Langendreer**, Wallbaumweg 108, Bochum
Oberhausen	Sa., 6.3.99,18 Uhr	**Cafe Käthe**, Emstraße 25, Oberhausen

Tour-Kontakt: T.Lehmann
c/o umbruch-Bildarchiv
Di, Mi 12⁰⁰-15⁰⁰ Uhr
Telefon (030) 612 30 37
Fax (030) 611 15 83

Los geht's!

Selbstbestimmt leben - Gruppen gründen!

Die Kommune Niederkaufungen und andere Gemeinschaften laden Menschen ein, die auf der Suche nach einer Gemeinschaft sind oder mit Gleichgesinnten eine solche gründen wollen.

Wege aus der gesellschaftlichen Krise gestalten

an Pfingsten
20.-24.5.'99

Auf dem Bauernhof der Kommune Niederkaufungen bei Kassel

Wir laden hierzu 250 Menschen ein, die auf der Suche nach einer Gemeinschaft sind und sich vorstellen können, eine neue Gemeinschaft zu gründen. Gleichgesinnte können sich treffen und sich gemeinsam an die Verwirklichung ihrer Utopien machen.

Programmübersicht

Donnerstag, 20.5.
Vormittags: Anreise
Nachmittags (14 Uhr): parallel:
Zukunftswerkstätten zum Thema *„Warum will ich in Gemeinschaft leben?"*
Vorstellung von verschiedenen Gemeinschaften.
Abends: Begrüßungsplenum

Freitag, 21.5. und Samstag, 22.5.
Vor- und Nachmittags:
Workshops zu Themen wie
Utopien zu Gemeinschaftsleben
Gemeinsame Ökonomie
Stadt-/Landkommune
Klein-/Großgruppe
Entscheidungsfindung in der Gruppe
Kollektives Arbeiten
Gem. Verantwortung für Kinder
Umgang mit Konflikten
Wagenplätze
......
und euren eigenen Themen
Abends: Kultur und Spaß

Sonntag, 23.5.:
Vor- und Nachmittags:
Bildung von einzelnen Gruppen, die zusammen weiterarbeiten wollen
Abends: Abschiedsfest

Montag, 24.5.:
Vormittags:
Überlegungen, *„Wie geht es weiter?"*
Beratung für den Gründungsprozess

Organisatorisches

Teilnahmebeitrag:
100.- DM für Erwachsene, Kinder frei

Die Veranstaltung lebt von eurem Engagement, Wir bieten den Rahmen!

Kommune Niederkaufungen,
Kirchweg 1, 34260 Kaufungen,
(10 km östlich von Kassel)
Tel: 05605 - 80070, Fax: 800740
email: kommune@t-online.de
http://home.t-online.de/home/kommune

AKTION

Berlin Montag, 15. Februar 1999

Sind wir in Beirut? Nein, in Berlins schicker Mitte

Von ANDRA FISCHER

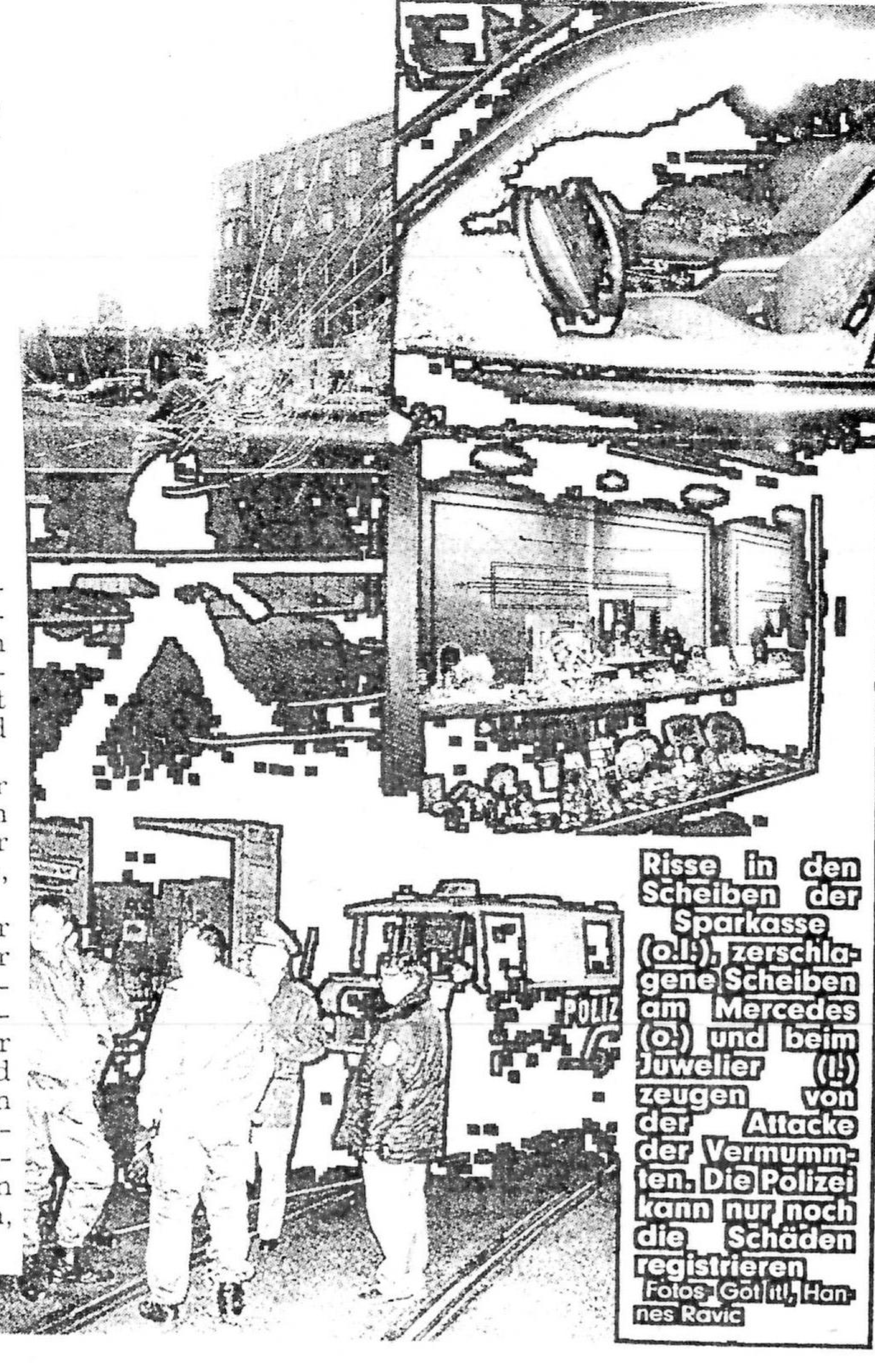
Mitte – **Wer feiern will, geht gern nach Mitte. Wer Krawall machen will, offensichtlich auch. Am Sonnabend randalierten 15 Vermummte im schicken Ausgeh-Mekka rund um den Hakkeschen Markt.**

Es ist 19 Uhr, als die Jugendlichen mit Motorradhelmen (und Schals vorm Gesicht) in der Rosenthaler Straße auftauchen. In einer Blitzaktion schleudern sie Steine ins Schaufenster eines Juweliers, zerschlagen dann Scheiben weiterer Geschäfte (Sparkasse, Reisebüros, Galerie).

Auf die Schienen hieven sie soviel Müll, daß keine Straßenbahn mehr durchkommt. Dann rennt der Trupp zur Großen Hamburger Straße. Dort wird der Mercedes des Mannheimers Peter I., 58, zum neuen Haßobjekt auserkoren und steht alsbald mit zerborstenen Scheiben da. „Ich besuche übers Wochenende meine Tochter", berichtet er fassungslos. „Das Auto stand noch keine halbe Stunde da."

Als die Polizei Minuten später mit 30 Mann eintrifft, fehlt von den Krawallmachern, die der linken Szene angehören sollen, jede Spur.

Vermutlich waren die Täter schon am Nachmittag bei einer Demonstration von 1500 Menschen für den „Erhalt alternativen Wohnraums" dabei. Bei der Demo durch Kreuzberg und Neukölln gab es 27 Festnahmen wegen Widerstandes, Landfriedensbruchs und versuchter Gefangenenbefreiung. Flaschen und Steine wurden geworfen, acht Polizisten leicht verletzt.



Risse in den Scheiben der Sparkasse (o.l.), zerschlagene Scheiben am Mercedes (o.) und beim Juwelier (l.) zeugen von der Attacke der Vermummten. Die Polizei kann nur noch die Schäden registrieren

Fotos: Göttl, Hannes Ravic

Bei Suche nach Attentätern Millionen Leserdaten gesichert

Polizeikontrolle in einer Bremer Bücherei

VON ECKHARD STENGEL, BREMEN

Auf der Suche nach linksextremen Sprengstoff-Attentätern hat das niedersächsische Landeskriminalamt im August 1995, wie erst jetzt bekannt wurde, in der Bremer Stadtbibliothek die Daten von mehr als einer Million Ausleihvorgängen beschlagnahmt. Dadurch wollte das LKA den Attentätern auf die Spur kommen, die Anfang 1995 das Wolfsburger Haus des Ex-Staatssekretärs im Bonner Entwicklungshilfeministerium, Volkmar Köhler (CDU), beschädigt hatten. Gegen die Tatverdächtigen dieses und anderer Anschläge verhandelt derzeit das Oberlandesgericht Düsseldorf. Den Angeklagten wird versuchter Mord sowie Mitgliedschaft in der terroristischen „Antiimperialistischen Zelle" (AIZ) vorgeworfen.

Durch Polizeiaussagen vor Gericht wurde jetzt bekannt, daß das Landeskriminalamt damals in Bremen nach den Ausleihern eines Buches über den Befreiungskampf in der Westsahara suchte. Wie ein Sprecher des Landeskriminalamts dem Tagesspiegel am Donnerstag bestätigte, soll die Ausdrucksweise der Attentäter in ihrem Bekennerbrief teilweise dem Buch entsprochen haben. Nach Angaben der Stadtbibliothek beschlagnahmte die Polizei damals die archivierten Mikrofilme über sämtliche Leihvorgänge der Jahre 1992 bis 1995, um dann die Leser des Buches auszusieben.

Die Büchereileitung beschwerte sich daraufhin, es sei völlig unverhältnismäßig und datenschutzrechtlich problematisch, über eine Million Daten unbeteiligter Entleiher zu beschlagnahmen und zu sichten. Die zuständigen Datenschützer in Hannover sahen jedoch keinen Grund zur Rüge, da die Daten nur weiterverwendet würden, soweit sie sich auf die Ausleiher des einen Buches bezögen.

Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf sagten die Polizeizeugen nach Angaben von Prozeßbeobachtern aus, daß damals zwei Entleiher entdeckt worden seien, die aber nicht zur linken Szene gehört hätten. Der Sprecher des Landeskriminalamts konnte dazu dem Tagesspiegel keine Angaben machen. Er verteidigte die Aktion mit den Worten, die Polizei müsse alles tun, um Terroranschläge aufzuklären, „natürlich nur mit rechtsstaatlichen Mitteln". Solche Aktionen passierten allerdings nicht häufig, versicherte er.

TS 19.2.99

Zeugen gesucht:

1. Zu dem brutalen Übergriff am 10.01.99 (Liebknecht-Luxemburg-Demo) auf 14-jährigen Jungen (hellgraue Jacke, schwarzes Basecap, braune Baggy-Jeans) um 11.20, kurz nach der Ecke Karl-Marx-Straße Ecke Straße der Pariser Kommune, an der Uhr, (ca. 10 m hinter dem Lautsprecherwagen). Nach dem Übergriff sind sofort Leute zu dem blutüberströmten Jungen gestürzt, um ihn zu schützen.
2. Übergriff und Verhaftung ebenfalls auf der Liebknecht-Luxemburg-Demo, auf der Frankfurter Allee um ca. 13.30 Uhr, auf den MLKP-Block, es wurde nach diesem Übergriff "nur" eine Person verhaftet (blaue Jeans, schwarze Lederjacke, rotes Basecap mit gelber Aufschrift MLKP).

Wer hat was gesehen, Fotos oder Videoaufnahmen gemacht? Bitte **dringend** beim Berliner Ermittlungsausschuss melden (030-692 22 22).

Ermittlungsausschuß

Mehringhof Gneisenaustr. 2a
(Aufgang III, 1.OG)
10961 Berlin
Tel: 692 2222

Die Schlacht bei Kesselsdorf

Zöllmen ist ein kleiner Ort am Rande Dresdens. Wer von Lärm und Hektik der Möchtegerngroßstadt in dieses Nest entflieht, gelangt kurz hinter der Stadtgrenze in eine nur durch längst verlassene LPG-Betonhallen gestörte Dorfidylle. Zwischen ihm und dem Nachbarort Steinbach fließt schon jeher die Zschone, dort noch ein kleines Bächlein, das wenig später in den Genuß eines zauberhaft bewaldeten Grundes kommt um schließlich als ansehnliches Flüßlein bei Dresden in die Elbe zu fließen.
Wie alle kleinen Dörfer rings um die Residenzstadt des Landesfürsten haben es Zöllmen und Steinbach schwer, sich gegen diese zu behaupten. Immer wieder versuchen Geldsäcke dort Baumärkte oder Einfamilienhäuser zu bauen, um noch fetter zu werden. Die Menschen im Dorf müssen zwar nicht hungern, doch droht die klingende Münze so Manchen in Versuchung zu führen. Das sei jetzt halt so, weil jüngst der Profit heilig gesprochen wurde.
Doch eines unterscheidet Zöllmen und Steinbach von den Dörfern in der Nachbarschaft. Vor knapp zwei Jahren siedelten junge Leute mit Bauwagen und Holzhütten auf den Sumpfwiesen am Bach. Normalerweise hätten das die Bewohner der Dörfer nicht zugelassen. Da aber der Kaiser den schon von seinen Vor- Vor-Vorgänger gefaßten Plan ausführen wollte, eine Autobahn auf den Wiesen zwischen den beiden nur einen Steinwurf entfernten Dörfern zu bauen, wuchs das Wohlwollen für die dagegen Protestierenden. Sie ahnten, es wäre bald vorbei mit ihrer relativen Ruhe, führen erst die Lkws über die Misthaufen der Bauernhöfe. Nur wenige glaubten aber, die Pläne des Kaisers aufhalten zu können, bedrängten diesen doch mächtige Männer seines Hofstaates, denn sie wollten mit der Autobahn ihren Reichtum mehren. Doch aus irgendeinem Grund gaben die seltsamen Neubürger Zöllmens den Kampf nicht auf, nein sie schienen daran Gefallen zu finden, den Autobahnplanern, die im Dienste des Landesfürsten die Pläne des Kaisers vorantrieben., hin und wieder eins auszuwischen, ihnen Furcht einzujagen oder sie nur vor Situationen zu stellen, mit denen sie nicht umgehen können. Vielleicht war es die ungeheure Arroganz, die die Vasallen in Schlips und Kragen bei der angeblichen Bürgerbeteiligung zur Schau trugen, welche die Siedler gerade aufstachelte.
Doch alles stand bisher nur auf Papier, das zu dieser Zeit billig war. Noch hatte es keiner gewagt, in der Nähe der Siedler eine Autobahn zu bauen. Kundschafter berichteten allerdings über eine Baustelle, etwa eine Stunde Fußmarsch entfernt. Dort hätten die Raubritter von Züblin bereits einen Brückenpfeiler errichtet. Gelegentlich sind dort auch Grünlinge zur Stelle, um das Vorhaben zu schützen.
Im Frühjahr, so sagen die Autobahnbauer, soll nun endlich Schluß sein mit der seltsamen Siedlung am Bach, die man nicht so recht los wurde und die immer wieder störte. Nun soll dort, wo es sich die Protestler schon häuslich eingerichtet haben, endlich das hin, was dort hin gehört: eine 230 m lange Autobahnbrücke.
Den Bauern hier soll das Land weggenommen werden, nicht zum ersten Mal, so sagen sie, seit es die Pläne der Autobahn gibt. Wenn es die LPG nicht geschafft hat, deren Existenz zu zerstören, so schafft es nun die Gier nach Umsätzen. Gerade erst hatten die Bauern ihre Landwirtschaft wieder aufgebaut. Jetzt können sie wohl aufgeben im Kampf um existenzfähige Betriebsgrößen.
Dabei ist zweifelhaft, ob die Autobahnplaner jemals ihr ehrgeiziges Ziel erreichen werden, eine Trasse nach Prag zu bauen. Der Staatsäckel ist vom Hofstaat geplündert, der Kaiser vom Volke vertrieben. Weil der neue Kaiser kein Geld hat, gibt er zu, den dritten und längsten Teil der Trasse nicht bezahlen zu können. Zudem stellen sich die Berater des Königs in Prag gegen den plan, die Trasse durch die schönsten Jagdreviere zu legen.
Doch den in Dresden regierenden Fürsten ficht dies nicht an. Obwohl aus den leeren Schatzkammern des Kaisers kein Geld fließt und er die Raubritter von Züblin selbst auszahlen muß, will er schnell Tatsachen schaffen. Soll aber die Brücke über den Zschonergrund gebaut werden, so müssen die Bäume am Bach gefällt werden. Hält sich der Fürst an seine eigenen Dekrete, so darf er das nur bis zum ersten Tage im März tun. Die Protestler wollen das nicht zulassen. Emsig überlegen sie schon jetzt, wie sie ihre liebgewonnenen Bäume beschützen könnten. Natürlich wollen sie das nicht alleine tun, sind es doch manchmal nur fünf oder sechs Leute, die die langen Winterabende in der warmen Gemeinschaftshütte verbringen. Doch sie hoffen auf viele Freunde aus Dresden und dem ganzen Lande. Vielleicht wollen sogar einige mit dem Schiff kommen von einer großen Insel im Westen.
Ein großes Fest soll es werden und ein großes Schaffen, ist doch noch nicht alles getan, um der Stärke der geharnischten Grünlinge, die den Raubrittern von Züblin gerne zur Seite stehen, gewachsen zu sein. Gott sei Dank sind die meisten Protestler schwindelfrei und können höhere Höhen erklimmen als vielleicht alle dieser Grünlinge.
An dem sechsten Februartag soll das Fest beginnen, Aktionswochen wird es auch genannt. Und vielleicht findet man auch etwas Zeit, die Autobahnplaner etwas zu ärgern oder auch nur ein bißchen durcheinanderzubringen.
Am ersten März. Gibt es dann richtig Grund zu feiern, bevor alle wieder nach Hause zurückkehren. Die Autobahnplaner werden sich ärgern, und die jungen Leute werden sich gerade deshalb freuen, weil die Vasallen doch so borniert und arrogant sind, und doch nicht alle Macht haben dieser Welt. Die Bewohner der Dörfer Zöllmen und Steinbach werden vielleicht wieder Mut kriegen zu Kämpfen, vielleicht nicht nur gegen Autobahnen sondern gegen noch mehr Gewerbegebiete und alles, was den Geldsäcken Nutzen bringt, ihnen aber nicht!

FR 26.2. 16 UHr ALBERTPLATZ DOPPELBRUNNEN:Einweihung des DEnkmals für die Autobahnopfer

SO 28.2. -MO 1.3. FAST VOLLMOND-PARTY

Wegbeschreibung: von Dresden Hbf. mit der Straßenbahn 7 Richtung Gorbitz bis J.-VAhlteichstr., von dort Bus 70 nach Pennrich,10 Min. zu Fuß nach Westen, nach Betonbrücke gleich links

TSCHECHISCHER ANARCHIST IN HAFT!

Solikonzerte

12.März Berlin-KOPI
14.März Hamburg-Rote Flora
17.März Halle-Ludwigstr.
19.März Potsdam-Baumanns

Am 27.11.98 wurde *Michal Patera* nach einer Auseinandersetzung mit Nazis verhaftet.

Kurz zuvor wurde er und ein weiterer Genosse in einem Prager Klub von fünf Faschisten angegriffen, welche ein anderer Gast informiert hatte. Von derselben Gruppe, die zum harten Kern der Prager Neonaziszene gehört, wurde *Michal* sowie weitere Genossen bereits ein halbes Jahr vorher angegriffen, damals konnten sie ihnen aber entkommen. Da es dieses mal keine Möglichkeit zur Flucht gab, und sein Genosse bereits bewußtlos geschlagen war, schoß *M.* mit einer automatischen Pistole, die er legal besaß, auf den aggressivsten Angreifer, woraufhin die anderen flüchteten.

Wenig später wurde er von der Polizei, die vom Wirt informiert wurde, verhaftet und am nächsten Morgen vom Bezirksrichter zu Untersuchungshaft bis zum Prozeßbeginn verurteilt. Im Durchschnitt dauert diese ein Jahr.

Michal ist in der *FSA-IAA* (*Federace socialních anarchistů*-die tschechische Sektion der anarchosyndikalistischen *Internationalen ArbeiterInnen Assoziation*) organisiert. Die Polizei stufte bis Januar 99 diesen Fall klar als *„ideologisch motivierten versuchten Mord"*, begangen durch einen bekannten *„Linksextremisten"* gegen eine Gruppe unschuldiger „junger Männer", ein. Der Vorwurf wurde zwar in ein „gewöhnlich" *versuchten Mord* umgewandelt, Ihm droht aber weiterhin eine Haftstrafe von bis zu 15-, statt zu 25 Jahren. Keiner der angreifenden Nazis wird auch nur wegen des geringsten Deliktes angeklagt.

Diese Ignoranz tschechischer Neonazis durch Polizei und Justiz hat Methode. Bereits im Juli 1997 wurde *Vaclav Jez,* ebenfalls ein Genosse der *FSA-IAA,* verhaftet. Auch er hatte sich, nachdem er von Nazis beim Übermalen faschistischer Parolen überrascht und angegriffen wurde, mit einem Revolver gewehrt. Er wurde wegen „versuchten Totschlages" und des unerlaubten Besitzes dieser Waffe angeklagt. Nach über einem Jahr Untersuchungshaft, Prozeßkosten von 130.000 CSK (ca. $ 4300), das entspricht 20 tschechischen Monatslöhnen, wurde er dank großer internationaler Unterstützung freigesprochen.

Auch für *Michal*'s Prozeß wird wieder eine ähnliche Summe benötigt werden.

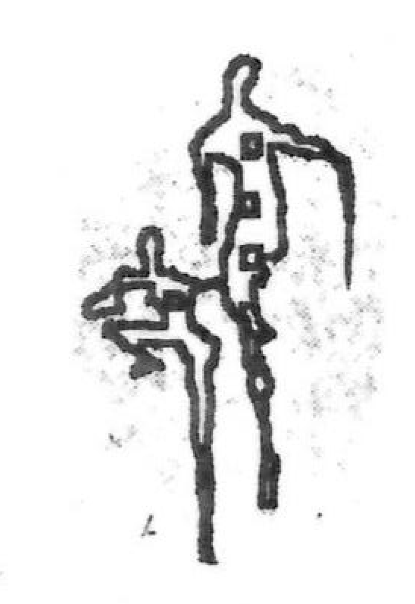
Seine Verfassung ist noch gut und seine Moral ungebrochen. Er teilt sich eine 12 Quadratmeter große Zelle mit zwei weiteren Insaßen, die auch wegen versuchtem Mord angeklagt sind. Er dankt allen für die solidarische Unterstützung und die viele Post die er aus dem Ausland bekommen hat.

(Informationsstand 22 Januar 99)

- **Michal's Adresse im Knast lautet:**
  Michal Patera (1976), PO BOX 5, 14057 Praha 4, Tschechische Republik
- **Spenden bitte auf**
  Kto 370 3001711
  BLZ 160 500 00
  Mittelbrandenburgische Sparkasse
  Inh. Freie ArbeiterInnen Union
  Stichwort „Michal Patera"

FAU-IAA

V.i.S.d.P. E. Goldmann Mühsamstraße 63 10247 Berlin



8. MÄRZ INTERNATIONALER FRAUENLESBEN KAMPFTAG

DER 8. MÄRZ IST INTERNATIONALER FRAUENLESBEN KAMPFTAG.
SCHON SEIT 1910 GEHEN FRAUENLESBEN
WELTWEIT AN DIESEM TAG AUF DIE STRAßEN, UM AUF IHRE ALLTÄGLICHEN KÄMPFE UND IHREN TAGTÄGLICHEN WIDERSTAND AUFMERKSAM ZU MACHEN.
AUCH HEUTE NOCH VERLEIHEN FRAUENLESBEN AM 8. MÄRZ IHREM WIDERSTAND UND IHREM KAMPF EINEN AUSDRUCK. UM UNSERE VERBUNDENHEIT MIT DEN WELTWEIT KÄMPFENDEN FRAUENLESBEN ZU ZEIGEN, ABER AUCH UM DIE HIER IN DER BRD HERRSCHENDEN VERHÄLTNISSE ANZUGREIFEN UND GEGEN JEGLICHE FORM VON AUSBEUTUNG, UNTERDRÜCKUNG UND AUSGRENZUNG AUFZUSTEHEN, DEMONSTRIEREN WIR AM 8. MÄRZ.
AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG TRITT, ABHÄNGIG DAVON IN WELCHEM LAND WIR LEBEN, IN UNTERSCHIEDLICHER ART UND WEISE UND IN ANDEREM AUSMAß ZU TAGE, ABER DAS ZIEL IST IMMER DAS GLEICHE, FRAUEN ZU ISOLIEREN, ZU SPALTEN UND JEGLICHE FORM VON WIDERSTAND GEGEN DIE BESTEHENDEN VERHÄLTNISSE IM KEIM ZU ERSTICKEN.
DOCH SIE HABEN SICH GEIRRT!!!
WELTWEIT GIBT ES KÄMPFE VON FRAUENLESBEN, WELTWEIT HABEN FRAUENLESBEN SICH ZUSAMMENGETAN, UM VONEINANDER ZU LERNEN, SICH ZUR WEHR ZU SETZEN, UM AN STÄRKE ZU GEWINNEN.
WIR FINDEN, DAß ES WICHTIG, RICHTIG UND NOTWENDIG IST, DIE ISOLATION AUFZUBRECHEN, ZUSAMMENZUFINDEN, SICH ZU WEHREN, ERFAHRUNGEN ZU TEILEN UND GEMEINSAM DAFÜR ZU KÄMPFEN, DAß ES EINE WELT OHNE AUSBEUTUNG, OHNE ISOLATION, UNTERDRÜCKUNG, AUSGRENZUNG UND ANGST GIBT...

MONTAG 8.MÄRZ
FRAUENLESBEN DEMONSTRATION
ZUM INTERNATIONALEN FRAUENLESBEN KAMPFTAG
18.00 UHR HEINRICHPLATZ

ab 20 Uhr Frauenabend im EX,
Gneisenaustr. 22A, U-Bahnhof Mehringdamm
mit VoKü
und um 21 Uhr Film "Alles wird gut"


location: K.A.P.I.
www.jungdemokraten.de
26-februar-99
21 00 Uhr
es gibt Cocktails
Soli Total Verweigerung Party
acts:
De Ruths [Ska]
Diva Standard [Flaw Pop]
Dionysos [Funk Pop]
JUNGDEMOKRATinnEN/JUNGE LINKE
Konsens - mit uns nicht ! Ausstieg sofort !
Möglich, daß ein Teil der Bewegung erst einmal abwarten möchte Rot/Grün soll erst mal machen - kritisieren kann man immer noch
Falsch ! Der Kuhhandel lauft, in Bonn und Berlin wird längst gedealt Und grüne Politik wird nicht durch Stillhalten unterstützt, sondern durch Aktionen vor Ort und auf der Straße
Wir dürfen uns nicht über den Tisch ziehen lassen !
Deshalb gibt es nur eins : Auf die eigene Kraft vertrauen !
Höchste Zeit für eine gemeinsame Aktion
Wir stellen uns quer !
Samstag 27. Februar 1999
Belagerung der Gorlebener Anlagen
11 Uhr Demozug ab Gedelitz
12 Uhr Kundgebung
Workshops
Verpflegung mit Pommes rot/grün und anderen wendländischen Spezialitäten
Feuershow und Musikprogramm
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
Drawehner Straße 3
29439 Lüchow
Tel (05841) 4684 Fax (05841) 3197
Internet http /www oneworldweb de/castor
Spendenkonto Kreissparkasse Luchow BLZ 25851335 Konto 2060721
Haze of Bass
Drum'n'Bass
Dub Electroni
ab 21
anti atom aktuell
die gemeinsame Zeitung der Initiativen gegen Atomanlagen
erscheint am liebsten monatlich
12 Ausgaben im Abo fur 60 DM
Kostenloses Probeexemplar:
anti atom aktuell
Helgenstockstr 15
35394 Gießen
aaa-Vertrieb@amazonas.comlink.apc.org
http://www oneworldweb de/aaa/
Fax: 0641/491390
Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung
kolumbien
Ein Land im Würgegriff der Todesschwadrone
Seminar vom 26.-28. Februar 1999 Die Geschichte des sozialen Konflikts in Kolumbien • Die Situation in den Städten • Bananenexport und Repression gegen die Gewerkschaften: das Beispiel Urabá • Die Guerilla: Politische Opposition oder illegales Großunternehmen?
Ort: Stadtteilladen Zielona Gora, Grünbergerstr 73, 10245 Berlin-Friedrichshain, Tel 292 24 71
Vollversammlung
zur Vorbereitung der FrauenLesben Demonstration am 8 März
Sonntag, 28 2 99, 15 Uhr
im Papiertiger, Cuvrystr 25, U-Bahnhof Görlitzerbahnhof
Im Marz 1999 erscheint Anschlag, der neue Roman von Gert Neumann
Der DuMont Buchverlag
in Verbindung mit dem Literaturhaus Berlin
bittet zur Vorstellung des Romans
am Freitag, den 5 Marz 1999,
um 20 Uhr
in die Akademie der Künste,
Hanseatenweg 10, Berlin
Es spricht
Martin Walser
Es liest
Gert Neumann
Wir freuen uns sehr auf Ihr Kommen

Filmveranstaltungsreihe im Vorfeld des internationalen Kongresses „Befriedung oder Befreiung? Perspektiven internationaler Solidarität"

Wenn Anfang April VertreterInnen von Befreiungsorganisationen, Gefangenen-Hilfsorganisationen und andere hier in Berlin zusammenkommen werden, werfen Realität und Zustand der radikalen Linken in der BRD einerseits und die Bemühungen, Inhalte und Ziele des Kongresses andererseits viele Fragen und Widersprüche auf. Wir wollen uns in einer für uns leistbaren und sinnvollen Weise daran beteiligen, daß InteressentInnen sich gemeinsam inhaltlich über den Kongress informieren und darauf vorbereiten können. Während der Kongress-Tage stehen der Austausch und die gemeinsamen Ziele für zukünftige Zusammenarbeit im Vordergrund, Informationen über die Situation in den verschiedenen Ländern will und kann der Kongress, zumindest primär, nicht vermitteln.
Kommt zahlreich und beteiligt Euch!

Hoch, die internatiomale Solidarität!

Alle Veranstaltungen finden statt im Versammlungsraum, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

5. März „Befriedung oder Befreiung?"

19.00 Uhr — Infoveranstaltung mit der internationalen Kongressvorbereitung über die Arbeit der einzelnen Organisationen in ihren Ländern und Inhalte und Ziele des Kongresses vom 1.4. - 5.4.99 in Berlin

12. März Guatemala

19.00 Uhr
Film: „De los de siempre" (1996) Dokumentarfilm über die guatemaltekische Guerilla
Info und Diskussion: mit der Delegation von Ex-Kämpferinnen der URNG

19. März Baskenland

19.00 Uhr
Film: Martxa Eta Borroka (1988) Dokumentarfilm über die verschiedenen Sektoren des baskischen Widerstandes
Info und Diskussion: über die aktuelle Situation im Baskenland mit einer Delegierten der baskischen Gefangenenhilfsorganisation „Gestoras pro Amnestia"

24. März Palästina

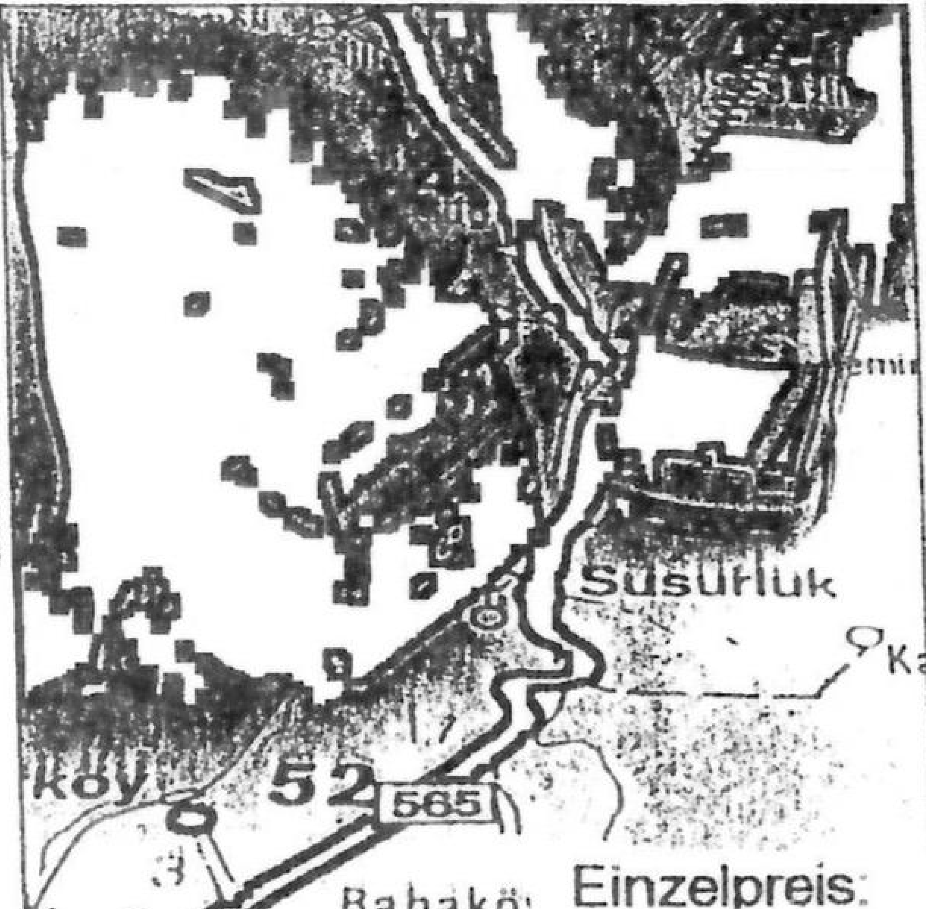
19.00 Uhr
Film: Der Aufstand (1988) Dokumentarfilm mit vielen Interviews über die besetzten Gebiete
Info und Diskussion: über die aktuelle Situation in Palästina mit einem Delegierten der palästinensischen Vereinigung zur Unterstützung von Gefangenen „ADDAMEER"

26. März Kurdistan

19.00 Uhr
Film: Der verdrängte Krieg (1997) Dokumentarfilm über den kurdischen Widerstand
Info und Diskussion: zur aktuellen Situation in Kurdistan mit einem Mitglied des türkischen Menschenrechtsvereins „IHD" (angefragt)

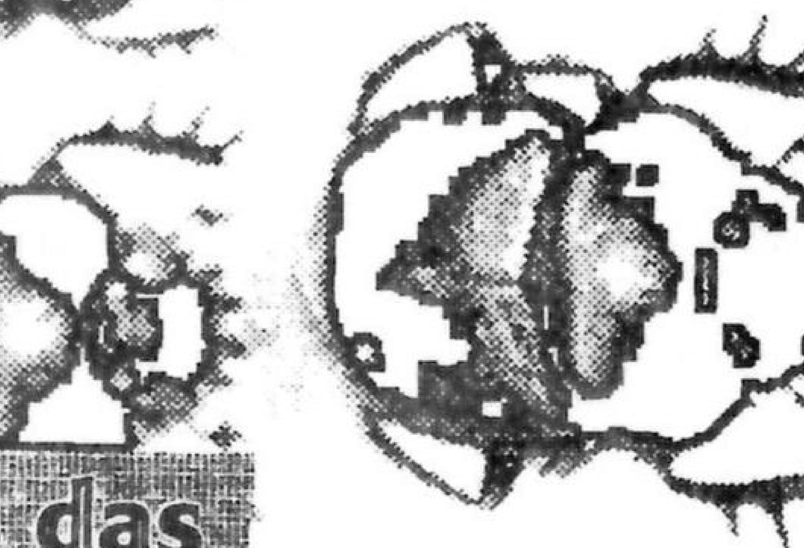
Veranstaltungsvorbereitungsgruppe, c/o Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, 10247 Berlin



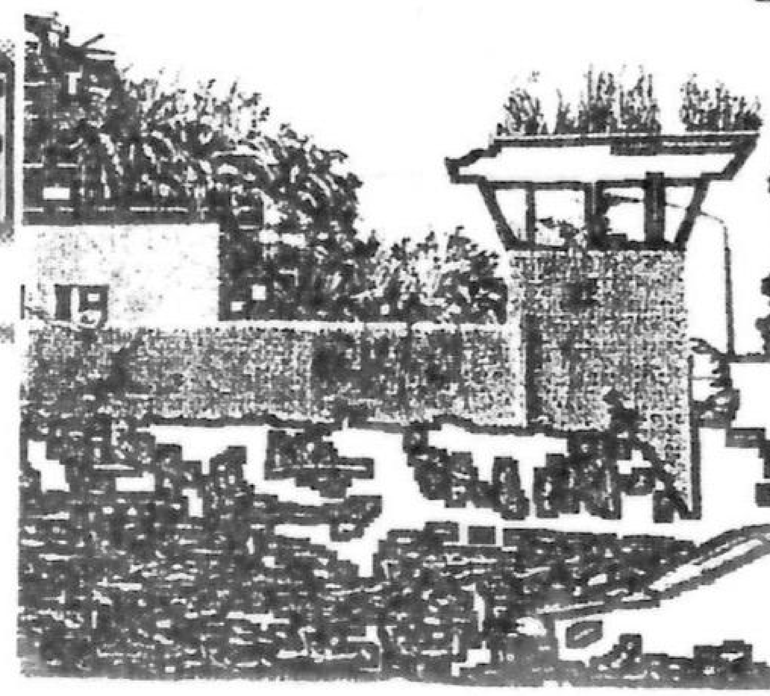


Einzelpreis: 10 DM + Porto
mit einer Einführung in die Susurlukaffäre von Yeter Savaş

Bestellungen an:
PAPIERTIGER
Cuvrystr. 25
10997 Berlin
TEl/FAX
030 - 618 30 51



Als das K.O.M.I.T.E.E. ein Osterei legte...



Der gescheiterte Anschlag auf den Berliner Abschiebeknast im April 1995 und die Folgen ... das imperium schlägt zurück .. exil beginnt dort, wo die flucht aufhört .. militante perspektiven ... von köpenick nach kurdistan ...

Diese Broschüre gibt's zu kaufen!
Für 7,50 DM in allen gutsortierten Buch- und Infoläden oder per Bestellung* (solange der Vorrat reicht und zzgl. Portokosten) bei **Mondschwein e.V., Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin**
*(Für Laden- und sonstigen Weiterverkauf gewähren wir die üblichen 30% Rabatt)



TS 14.1. 99

Kameraüberwachung der Magdeburger Innenstadt

MAGDEBURG (AP). Die Magdeburger Innenstadt soll künftig per Videokamera überwacht werden. Die Kameras sollen mit der Polizeidirektion verbunden sein und vor allem der Beobachtung der Verkehrsströme dienen, so daß bei Staus und Unfällen schnell Umleitungen ausgewiesen werden können. Bei Verdacht auf Straftaten sollen die Aufnahmen aufgezeichnet werden.







VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN:

Am **1. März 1999**
um 19.00 Uhr,
im A-LADEN,
Rathenower Straße 22
(Berlin-Moabit)

Vortag:
Die Gründung der Komintern

Film:
Die III. Internationale

anschließend Diskussion

Antifa Widerstandswochen Karlsruhe 6.3.–26.3.99

Antifa-Kollektiv Maus

Infoladen Fisty

SA 6. März '99
Eröffnung der Ausstellung mit Bernd Langer
Mit Diavortrag und Theater „Szenen aus der Geschichte des Widerstandes"
Café Palaver, Steinstraße 23
Beginn: 18.00 Uhr (3,- UKB)

SO 14. März '99
Filmvorführung „Sobibor" – Vortrag zu Widerstand in Konzentrations- und Vernichtungslagern
Anschließend evtl. Diskussion
AKK, Universität Karlsruhe
Beginn: 19.00 Uhr

SA 20. März '99
Diskussionsveranstaltung mit Peter Gingold (VVN-BdA) und Klaus Viehmann „Formen des aktiven Widerstandes"
„Steffi", Schwarzwaldstr. 79
Beginn: 16.00 Uhr (3,- UKB)

FR 26. März '99
Informationsveranstaltung mit Video- und Dia-Präsentation über die faschistische NPD/JN
Mit Unterstützung der IG-Metall-Jugend Karlsruhe
DGB-Haus, Ettlinger Str. 3a
Beginn: 19.00 Uhr

Die Ausstellung „Kunst als Widerstand" ist vom 6.–26.3.99 im Café Palaver frei zu besichtigen.

Ein Tagesseminar des Bildungswerks Berlin der HBS

Nur für Frauen

Frauenbewegung und Feminismus in Mexiko

An der Schwelle zum neuen Jahrtausend ist in Mexiko viel in Bewegung gekommen. Von Europa aus kaum wahrgenommen, spielen Frauen in den verschiedenen sozialen und politischen Prozessen eine entscheidende Rolle. Die Lebensrealität Mexikos reicht allerdings von landwirtschaftlich geprägten indianischen Gebieten bis zu urbanen Zentren, darunter auch México DF, die größte Stadt der Welt.
Wie geht die Frauenbewegung mit diesen Unterschieden um? Gibt es eine Frauenbewegung oder sind es viele Frauenbewegungen? Wie finden frauenspezifische Forderungen Eingang in den von breiten Teilen der Bevölkerung angestrebten Demokratisierungsprozeß? Welche Rolle spielen Frauen in den Oppositionsbewegungen? Diesen und anderen Fragen soll gemeinsam mit Aktivistinnen der mexikanischen Organisation K"nal Antsetik (Land der Frauen) nachgegangen werden.
Vor Ort wird es eine Ausstellung von Handwerkskunst aus verschiedenen Organisationen indigener Frauen geben, sowie eine Ausstellung von Plakaten junger mexikanischer Frauen und der Veröffentlichungen von K'inal Antsetik.

- Die Situation der Frauen in Mexiko am Ende des Jahrtausends - Nellys Palomo
- Indigene Frauen in Mexiko: Organisation, Vorschläge, Forderungen - Nellys Palomo und Marta Sanchez
- Junge Frauen und die feministische Bewegung - Mit Berenice Hernández

6. März '99, 11.00-19.00
im Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165, 10117 Berlin

Eine Abendveranstaltung des Bildungswerks Berlin der HBS

Reaktion, Reform oder Revolution in Mexiko

Der 4. März ist in Mexiko ein besonderer Jubiläumstag. Die Staatspartei PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution) feiert den 70. Jahrestag ihrer Gründung und Regierungsübernahme. Damit ist sie die am längsten ununterbrochen regierende Partei der Welt. Der Geburtstag fällt aber in eine Zeit der gesellschaftlichen Krise und enormer Legitimationsprobleme für die "ewige" Regierungspartei.
Im Jahr 2.000 stehen die nächsten Präsidentschaftswahlen an. Bereits in den letzten Jahren bröckelte das PRI-Machtmonopol, 2.000 könnte es endgültig zum politischen Wechsel kommen. Aber es gibt auch Gegentendenzen. Ist ein Wiedererstarken der PRI auszumachen? Was macht die katholisch-konservative Opposition (PAN)? Wie stark ist die PRD und wohin geht sie? Wie ist die Position der EZLN in den Gemeinden, und welche Aus-strahlung hat sie auf andere Bewegungen? Wie ist die Position der Guerillas EPR und ERPI?
Aus aktuellem Anlaß wird auch über die Situation im Bundesstaat Guerrero informiert. Dort wurde der linke PRD-Kandidat Felix Salgado bei den Gouverneurswahlen Anfang Februar durch einen Wahlbetrug um den Sieg gebracht. Die PRD will den Sieg der PRI nicht anerkennen, die Guerillas EPR und ERPI haben Aktionen angekündigt, die Regierung hat 6.000 Soldaten nach Guerrero verlegt ...

Mit: Dario Azzellini und Boris Kanzleiter

3. März 1999, 19.00 Uhr
im Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165, 10117 Berlin

Zitty - Soli - Tour sucht neue Gruppe/n

Wir suchen eine Gruppe, die einen Abend pro Monat (oder alle 2 Monate) ca. 5 Stunden lang im Handverkauf in Kneipen in `61 das Stadtmagazin Zitty verkauft.
Der Erlös - momentan ca. 200 Mark pro Tour - soll für Solizwecke verwendet werden.
Seit über 10 Jahren wird die Zitty in Kreuzberger Kneipen zu Solizwecken verkauft. Früher fuhren alle gemeinsam für die Knastkasse, heute bestimmen die ca. 8 Gruppen selber, welches Projekt sie mit dem Geld unterstützen.
Falls ihr Interesse habt, meldet euch unter
6185773

SOLIDARITÄT mit Michal Patera !

X DIRECT X
RAVELIN 7

Solikonzerte

12.März	Berlin	KØPI	21:00
14.März	Hamburg	Rote	Flora
ab 16:00	VoKü	ab 21:00	Konzert
17.März	Halle	Ludwigstr.	21:00
19.März	Potsdam	Baumanns	21:00

FRAUENLESBENFEST

Zum

INTERNATIONALEN FRAUENKAMPFTAG

mit PROGRAMM:

OTWARTE GRANICE DLA WSZYSTKICH
GRENZEN·AUF·FÜR·ALLE

Festa
danza
musica

MUSIQUE
DANSE

Auf zum Anderen Ufer

Gehen Sie über Ihre Grenze

Muzik bayram dance

Taniec
muzyka
Zabawa

baile fiesta
Musica

Sa: 6.März 99 ab 20.00 Uhr

(Mit Programm) **Im SO 36**



Oranienstr. 190/Heinrichstr.
Bus 129, 140 -U1 bis Görlitz, U8 bis Kottbusser Tor
Fahrdienst - Tel 61401306, bis Freitag 5.3. 15.00 anmelden

Eintritt: 10,- DM (Ermäßigung möglich)

Die Einnahmen gehen an das Solikonto zur Unterstützung illegalisierter Frauen

8.März,FrauenLesbendemonstration, 18,00 Heinrichplatz,
ab 20.00 Uhr Frauenabend im EX, Gneisenaustr.2a (U.B.Mehringdamm)